

## Stadtentwicklung und Verkehr

### Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie (MA 14)

Die MA 14 – ADV versteht sich als kundenorientierter Dienstleister und kompetenter Berater, der sich an den Bedürfnissen der Bürger/innen orientiert und die Abteilungen und Dienststellen des Magistrats beim bürgernahen Handeln unterstützt. Die MA 14 versteht sich aber auch als Gestalter des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) im Magistrat Wien, der die IKT-Strategien entwickelt, abstimmt und deren Einhaltung kontrolliert.

Die MA 14 will eine vorbild- und modellhafte Abteilung hinsichtlich des IKT-Einsatzes im „Dienstleistungskonzern Magistrat“ sein und bemüht sich, in Übereinstimmung mit ihrem Leitbild und ihren Grundsätzen zu handeln.

### Organisatorische und technische Integration der „Telefonie“ in die MA 14 – ADV

Mit 1. Jänner 2002 wurde gemäß Änderung der Geschäftseinteilung der Transfer der Aufgaben der Telefonie in die MA 14 wirksam. Folgende vorrangige Aufgaben galt es dabei umzusetzen:

- Implementierung der personellen und organisatorischen Strukturen
- Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der Telefonie
- Analyse der vorhandenen technischen Situation
- Klärung der zukünftigen Art der Betriebsführung der Telefonie

Im bestehenden Telefonverbund wurden insgesamt 20 neue Großstandorte mit über 1.300 Nebenstellen in Betrieb genommen. Für das Quartal 1/2003 sind bereits weitere Kundenaufträge für acht neue Standorte mit 600 Nebenstellen vorhanden. Zusätzlich wurden im Rahmen der Betriebsführung der Telefonie 15.800 geplante und ungeplante Dienstleistungen (Realisierung von neuen bzw. zusätzlichen Telefonendgeräten, Übersiedlungen, Störungsbehebungen etc.) erbracht.

Im Bereich der Betriebsführung der Mobiltelefone wurde die bereits vorhandene Dokumentation der ca. 2.000 Handys aktualisiert und elektronisch für eine mögliche weitere Verwendung bereitgestellt. Eine „Handy-Hotline“ wurde etabliert und über 1.500 zusätzliche Kundenanforderungen wurden erledigt.

Auf Grund der Erkenntnisse einer externen Consulting-Studie wurde von der MA 14 ein Projekt zur Erneuerung des gesamten Telefonverbundes sowie zur Etablierung einer internen Betriebsführung initiiert. Bis zum Jahr 2005 sollen ein Großteil der vorhandenen 20.000 Nebenstellen erneuert, neue Technologien eingesetzt und somit die Möglichkeit für zukünftige visionäre Anwendungen geschaffen werden.

### eVienna

Zu Beginn des Jahres 2001 wurde das Projekt eVienna gestartet, um den hohen Stellenwert von eGovernment im Prozess der Verwaltungsmodernisierung entsprechend technisch zu unterstützen. Dabei steht der Bürger im Mittelpunkt des Interesses. Das Projekt wurde 2002 weitergeführt und 20 Projekte sind online verfügbar bzw. abgeschlossen. Davon sind folgende Projekte besonders hervorzuheben:

- **ZBM – Zentrales Bürgeranliegenmanagement** (gemeinsame Plattform zur Aufnahme, Bearbeitung und Weiterleitung von Wünschen, Anregungen und Beschwerden aus der Bevölkerung auf Basis des elektronischen Workflows, WEB-Technologie als zweite Stufe seit März 2002 im Einsatz);
- **e-Grätzl** (Online Übersicht über Bezirksveranstaltungen, Terminvereinbarung mit dem Bezirksvorsteher);
- **Stadtplanung** – Flächenwidmung und Bebauung (Online-Stellungnahme von Bürger/innen zu Plandokumenten);
- **Anmeldung Grillplätze** Donauinsel (Online-Termin- und Platzreservierung);
- **Flugzettel** – vollständige elektronische Anmeldung (Online-Antrag zur Verteilung von Flugzetteln auf öffentlichen Verkehrsflächen);
- **Veranstaltungsdatenbank** (Online-Veranstaltungskalender der Stadt Wien mit komplexen Suchmöglichkeiten, Online-Erfassungsdialo für neue Veranstaltungen, Veranstaltungsnewsletter).

### Elektronischer Akt (ELAK / Workflow)

Im Berichtsjahr 2002 wurde der Einsatz von Standard-ELAK und somit die Ablöse der bestehenden PROFI-Protokollierung weiter forciert. Es wurden 26 Magistratsabteilungen mit 33 Domänen/Protokollbereichen mit dem Standard-ELAK ausgestattet. Die aktive Benutzeranzahl beträgt derzeit ca. 1.700. Zusätzlich wurden eine WEB-Oberfläche für den Standard-ELAK geschaffen und abteilungsspezifische Workflow-Systeme zur Weiterleitung von Akten realisiert und eingesetzt.

### Wiener Bildungsnetz (WBN)

2002 konnte mit der zweiten Ausstattungsergänzung die Grundaustufe des 1997 gestarteten Projektes „Wiener Bildungsnetz“ erfolgreich abgeschlossen werden. Aus dem ambitionierten Projektvorhaben, einem Meilenstein in der Wiener Bildungsgeschichte, ist eines der größten kommunalen Bildungsnetzwerke der Welt entstanden, welches den Schulen der Stadt Wien in qualitativer und quantitativer Hinsicht eine einmalige IKT-Systemlandschaft anbietet. Über ein Hochleistungsdatennetz stehen den ca. 400 Schulen rund 10.300 PCs, 4.400 Drucker, 560 Server und 440 Beamer zur Verfügung.

# Stadtentwicklung und Verkehr

## Geografisches Informationssystem (GIS)

Mit dem ViennaGIS lassen sich Informationen über das Stadtgebiet in einem „geografischen Netzverbund“ als Grundlage für Geschäftsfälle auf jedem PC-Arbeitsplatz abfragen. An diesem Verbund nehmen mehr als 20 Dienststellen teil, welche geocodierte Daten in Datenbanken einbringen. Mehr als 58 Dienststellen können auf diese Datenbanken zugreifen, sie am eigenen Bildschirmarbeitsplatz darstellen und auch in der eigenen Abteilung automatisch auszeichnen lassen, obwohl sie dezentral an verschiedenen Orten gespeichert sind.

In der Folge sollen einige Projekte besonders hervorgehoben werden:

- Auf Knopfdruck ist aus der Brückendatenbank des ViennaGIS die vollautomatische Herstellung eines Buchplans mit Suchindex nach Brückennamen und Nummer möglich geworden.
- Der Frauenstadtplan bietet im Internet Informationen zu frauenspezifischen Einrichtungen in Wien – vom „Arbeitsmarkt“ bis zur „Weiterbildung“ – an.
- In dem Großprojekt „Zentraler Leitungskataster“ (Intranet-Auskunft für das Kundeninformationszentrum der MA 28) wird die Lage unterirdischer Leitungen und Bauwerke im Straßenbereich in einer zentralen Geodatenbank gespeichert. Neu verlegte Leitungen werden systematisch digital registriert und eingespeichert, bereits verlegte werden schrittweise aus Planwerken in ihrer dreidimensionalen Lage rekonstruiert. Der Intranetdienst für die MA 28 gibt Auskunft über den verbrauchten Raum der digital vorliegenden Leitungsnetze und Bauwerke. Dieser Auskunftsdienst unterstützt die Vorarbeiten für die Projektierung neuer unterirdischer Objekte. Es ist gelungen,

alle Orte digital (Geocodierung der „Besonderen Bebauungsbestimmungen“) zu speichern und bei Bedarf kartografisch darzustellen, wo besondere Bebauungsbestimmungen durch digitale Plandokumente festgelegt wurden.

- Die MA 37 verfügt über die technischen Einrichtungen des ViennaGIS (Adressverortung im Baugenehmigungsverfahren), um neue Adressen schon frühzeitig im Baugenehmigungsverfahren in der Adressdatenbank zu verorten. Der MA 21 A wird dadurch die Eintragung in der Datenbank des Räumlichen Bezugssystems Wien erleichtert.
- Eine Projektgruppe aus MA 37 und der MA 14 hat ein Auskunftssystem (Geografisches Informationssystem Baupolizei) für e-Government realisiert, das Recherchen zu einem Bauansuchen am Bildschirmarbeitsplatz sofort ermöglicht. Es werden über den „ViennaGIS“-Verbund Geo-Datenbanken anderer Dienststellen angesprochen, ausgewählte Daten miteinander kombiniert und lokale Analysen ausgeführt, so dass Vorbedingungen gemäß Bauordnung sofort ermittelt werden können (Grundstückauskunft, Bausperren, Schutzzonen, Flächenwidmung, Gehsteigsflächen, Kanalanschlussverpflichtung, ausreichende Nähe eines Hydranten).

## SAP-Einsatz im Magistrat

Mit der betriebswirtschaftlichen Standard-Software SAP wird eine Verknüpfung betriebswirtschaftlicher Abläufe über organisatorische Grenzen hinweg zu durchgängigen Geschäftsprozessen erreicht. Damit werden die Organisationseinheiten redundanzfrei bei der Abwicklung ihrer Geschäftstätigkeit unterstützt. Die enge Verknüpfung zwischen dem Güter- und dem Finanzkreislauf des Unternehmensbereichs ermöglicht umfangreiche Auswertungen nach verschiedensten Kriterien. SAP wird bereits in 14 Dienststellen innerhalb des Magistrats eingesetzt. Im September 2002 wurde der Auftrag zur flächendeckenden Kostenrechnungs-Einführung an die MA 6 erteilt.

## Elektronische Anforderung (EBP)

EBP (Enterprise Buyer Professional) ist eine B2B (Business to Business) Lösung von SAP, die die elektronische Bestellung von Produkten und Leistungen ermöglicht. Die Anwendung der MA 14 zur Anforderungen von EDV-Produkten über einen Standard WEB-Browser (Programm zum Aufrufen von Internetseiten) basiert auf diesem Produkt. Derzeit werden 30 Produkte in einem Katalog angeboten. Diese können via Einkaufskorb und unter Angabe von Stückzahl bzw. Lieferadresse angefordert und der laufende Status bis zur Beschaffung und Lieferung verfolgt werden. EBP ist mittlerweile in mehr als 50 Dienststellen im Einsatz.

## ARGE Sysplex Wien

Mit Jahresbeginn 2002 konnte nach umfangreichen technischen und organisatorischen Vorarbeiten der Produktionsbetrieb des Großrechner-Ver-



Am Welt-GIS-Tag in Wien wurden neuartige geographische Auskunftsdienste präsentiert, die in Zusammenarbeit mit Fachabteilungen entwickelt wurden und eine präzise und aktuelle Datenauskunft ermöglichen.

bundes zwischen den Rechenzentren der ARGE Sysplex Wien (AKH, e&i (ehemals Wienstrom) und MA 14) aufgenommen werden. Das Ziel dieses Verbundes ist eine gegenüber der Firma IBM gemeinsame Verrechnung der Software-Lizenzkosten, die es ermöglicht, für alle Partner günstige Konditionen zu lukrieren. Als Voraussetzung dieser Verrechnungsart ist die physische und betriebssystemtechnische Verbindung der beteiligten Großrechner herzustellen, zu betreiben und durch entsprechende Auswertungen nachzuweisen. Alle Anforderungen an Hochverfügbarkeit, maximaler Effizienz und Wirtschaftlichkeit wurden dabei erfüllt, der erfolgreiche Betrieb des Sysplexverbundes im vergangenen Jahr hat der Stadt Wien wesentliche Einsparungen gebracht.

#### Nationalratswahl 2002

Unmittelbar nach dem Abschluss der Arbeiten zum dritten Volksbegehren im Jahr 2002 wurde bereits im September mit der EDV-Unterstützung aller Verwaltungsvorgänge für die vorverlegte Nationalratswahl am 24. November 2002 begonnen. Besonders zu berücksichtigen war diesmal das erstmalige Zusammenwirken mit dem Zentralen Melderegister. Dies erforderte organisatorische und technische Anpassungen für die Ermittlung der Wahlberechtigten zur Erstellung des Wählerverzeichnisses und vor allem für die Einarbeitung aller Änderungen im Zuge des Reklamationsverfahrens. Dazu einige Eckdaten:

- Erstellung der Hauskundmachungen und des Wählerverzeichnisses für 1.108.560 Wahlberechtigte,
- Online-Erfassung der Änderungen zum Wählerverzeichnis,
- Stellen der Anträge auf die Ausstellung von Wahlkarten im Internet,
- automationsunterstützte Ausstellung der 94.370 Wahlkarten,
- Erstellung von Unterlagen für die Verständigung der Auslandsösterreicher/innen,
- Bereitstellung eines Datenbanksystems zur Erfassung und Auswertung der Partei- und Vorzugsstimmen,
- dezentrale Ergebniserfassung von Parteistimmen und Vorzugsstimmen an 84 Arbeitsplätzen.

#### Zentrales Melderegister (ZMR)

Projektgegenstand war die EDV-technische Realisierung der Übernahme des Meldewesens aus der Kompetenz der Bundespolizeidirektion in die des Magistrats der Stadt Wien unter spezieller Berücksichtigung der für den Aufbau des Zentralen Melderegisters (ZMR) sowie für die Durchführung der Volkszählung 2001 notwendigen Erfordernisse. Das Projekt schloss eng an die Datenübernahme von ca. 280.000 Personen bzw. Adressen aus dem Datenbestand der Polizei Wien (ZMA) in die Personendatenbank an, deren Ziel es war, im Rahmen der Vorbereitung zur Volkszählung 2001 eine möglichst umfassende Meldevidenz sämtlicher in Wien gemeldeter Personen aufzubauen.

Im Zuge der Volkszählung 2001 sowie im Hinblick auf die Schaffung eines österreichweiten zentra-

len Melderegisters (ZMR) war neben der Ausstattung der Meldeservicestellen mit Hard- und Software das Ziel, die Personendatenbank schrittweise an die Erfordernisse eines lokalen Melderegisters heranzuführen, um den durch die Übernahme des Meldewesens entstehenden Anforderungen gerecht zu werden.

Die Übernahme des Meldewesens durch die Magistrate trat durch Verordnung des Bundesministers für Inneres mit 1. März 2002 in Kraft. Im Zusammenhang mit der Großzählung 2001 wurde das österreichweite Zentrale Melderegister (ZMR) erstellt, indem mit Stichtag 15. Mai 2001 sämtliche Gemeinden die Meldedaten ins ZMR einspeisten. In Städten, wo derzeit Bundespolizeidirektionen die Meldeagenden wahrnehmen, wurden mangels geeigneter Datenbestände die Einwohnerevidenzen der Städte für die Erstellung des ZMR herangezogen.

#### MAMBA (MA und MBA)

Das Programm MAMBA wurde am 16. April 2002 gestartet und hat zum Ziel, die Schnittstellen zwischen den Magistratischen Bezirksämtern und anderen Abteilungen des Magistrats zu „elektronifizieren“, wobei auf Grund des Schnittstellenkatalogs des MBA 21 die Schnittstellen zur MA 36, MA 48 und MA 59 untersucht wurden. Weiters wird das Netzwerk zu Projekten, die die Magistratischen Bezirksämter betreffen, und zu den anderen Dienststellen gepflegt.

#### Internet

Um eine nach Sicherheitsklassen unterscheidbare, für alle Applikationen und Services einheitliche Zugangs- und Berechtigungskontrolle zu bieten, wurde im Jahr 2002 das Sicherheitsportal GONDOR entwickelt. Das Ziel ist, dass EDV-Anwender/innen ihre Benutzererkennung und Passwort-Kombinationen für mehrere Applikationen und EDV-Systeme verwenden können und sich nur bei der Erstanmeldung identifizieren müssen. Benutzer und Rechte sind dabei zentral gespeichert und sowohl zentral als auch dezentral wartbar, eine Anmeldung gilt für alle berechtigten Applikationen. Das Sicherheitsportal ist damit auch die Schnittstelle für behördenübergreifende Applikationen wie die Onlinezugriffe auf das Zentrale Melderegister.

Der Zugang zu Wien Intern wurde allen internen Benutzer/innen auch von extern ermöglicht. Für wien.at wurde ein generisches Web Service für Terminkalender entwickelt, auf dessen Basis Applikationen zur Terminreservierung über Internet erstellt werden können. Erste Anwendungen davon sind die Reservierungen für Bezirksvorstehertermine und für Grillplätze. Um den Benutzer/innen in wien.at und Wien Intern stadtrelevante Themen näher zu bringen und die Möglichkeit von Diskussionen und Abstimmungen dazu zu geben, wurde eine Forumssoftware entwickelt und erfolgreich bei Foren, wie dem wien.at Forum, dem Praterforum, Bezirksforen oder dem internen Forum zur Printausgabe wien.at eingesetzt.

# Stadtentwicklung und Verkehr

Im Rahmen von eVienna wurde mit der ersten Phase des Infrastrukturprojekts „elektronisches Bezahlen“ begonnen. Inhalt des Projekts ist der Vermerk aller Zahlungsfälle des Magistrats in einer Datenbank und der Eröffnung der Möglichkeit einer elektronischen Bezahlung mit modernem Payment-Verfahren für den Bürger für alle Forderungen der Stadt Wien.

## Access Point

Die Access Points – öffentliche Internetterminals der Stadt Wien – haben den ersten Schritt in Richtung Zugänglichkeit für Behinderte geschaffen. In einer Arbeitsgruppe der MA 14 wurde gemeinsam mit Vertretern aus Behindertenorganisationen und Fachleuten aus dem Bereich für behindertengerechtes Bauen und Wohnen ein höhenverstellbares Trägersystem entwickelt. Dies ermöglicht nunmehr – über den Kreis behinderter Menschen im Rollstuhl hinaus – allen Personen, den Bildschirm in der individuellen Höhe einzustellen. Das Trägersystem ist als Standgerät in der Aufstellung flexibel, die Uminstallation der Access Points des Magistrats in diese Trägersysteme wurde schon während der Entwicklung berücksichtigt und ist einfach und rasch möglich. Als erster Schritt werden zehn Standorte bis Mitte Februar 2003 umgerüstet.

## Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18)

### Stadtforschung und EU-Fragen

Das Referat Stadtforschung und EU-Fragen nimmt die fachliche Vertretung Wiens bei der Österreichischen Raumordnungskonferenz wahr und hat dabei am alle 10 Jahre zu erstellenden **Österreichischen Raumentwicklungskonzept (ÖRK)** mitgearbeitet.

Der Entwurf des ÖRK wurde von der Politischen Konferenz der ÖROK im Frühjahr 2002 beschlossen und stellt in seiner Gliederung und Darstellung eine umfassende Abhandlung und Zusammenfassung der Entwicklungstrends, der aktuellen Erkenntnisse im Bereich des internationalen Diskurses über Raumentwicklungsfragen, der entsprechenden Konzepte und Instrumente sowie deren Umsetzungsoptionen dar. Das ÖRK bildet damit eine wesentliche Grundlage zur künftigen Raumentwicklung für alle mit Raumplanungsfragen befassten Stellen der Gebietskörperschaften sowie einen fachlichen Orientierungsrahmen für Wirtschafts- und Sozialpartner und NGO's und wurde im September 2002 in der ÖROK-Schriftenreihe repräsentativ publiziert.

Neben diversen Routinebearbeitungen im Grundlagenbereich (Datenbeschaffung und -aufbereitung, GIS-Anwendungen) ist die Neubearbeitung einer CD-ROM über die **„Aktuellen Projekte und Planungen im Wiener Stadtgebiet“** hervorzuheben.

Das schon im Jahr 2001 gemeinsam mit der PGO entwickelte **Raum- und Projektinformationssystem RAPIS** wurde neuerlich aktualisiert. Damit sind nunmehr auch alle planungsspezifischen

Informationen und Daten seitens der Bundesdienststellen, Gemeinden, Gebietskörperschaften aber auch privater Unternehmen und Einrichtungen erfasst. Mit der Aktualisierung von RAPIS wurde ein neues Instrument in der Stadt-Umland-Kooperation geschaffen, durch das gemeinsame Entscheidungen wesentlich erleichtert werden.

Im 5. Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung wurde das **Projekt Urban Catalyst** betreut. Partner in Berlin, Helsinki, Amsterdam, Neapel und Wien analysieren Brachflächen und nicht genutzte Räume auf ihre Tauglichkeit zur temporären Nutzung. Das Ziel ist es, Methoden zur Optimierung der temporären Nutzung zu erarbeiten. Kommunikationsmedium ist eine eigens dazu entwickelte Internet-Plattform. Zudem wird eine Datenbank erstellt, in der später Akteure Räume und Flächen für temporäre Nutzung finden können. Ein weiteres Ziel ist das Aufzeigen (und Initiieren) von Möglichkeiten einer flexibleren Rechtsordnung für temporäre Nutzung. Das Projekt läuft bis Mitte 2003.

Aus dem **Sozialwissenschaftlichen Arbeitsbereich** können auszugsweise folgende Ergebnisse berichtet werden:

- Ziel der Studie **Bevölkerungsvorausschätzung 2000 bis 2030 nach Teilgebieten der Wiener Stadtregion** war es, Grundlagen für politische und fachliche Entscheidungen in vielfältigen Bereichen zu bieten. Es werden planungsrelevante Informationen über die in den kommenden Jahrzehnten zu erwartende Entwicklung der Bevölkerung hinsichtlich Zahl und demografischer Struktur in räumlich tief gegliederter Form geliefert. Als Hauptergebnis der umfangreichen Studie ergibt sich folgendes Bild: Die Bevölkerung Wiens wird in den kommenden drei Jahrzehnten um rund 180.000 oder 11,2 Prozent zunehmen. Für die gesamte Wiener Stadtregion kann durch die stärkere Wachstumsdynamik im Wiener Umland mit einer Bevölkerungszunahme bis 2030 von etwa 285.000 Personen oder 14,4 Prozent gerechnet werden.
- Die Studie **Älterwerden in Wien: Aktivierung 60 plus** hatte zum Ziel, das Potential für Aktivierung quer durch alle Sozialschichten der Wiener Bevölkerung kennen zu lernen und die Chancen der gesellschaftlichen Stützung und Ermutigung zu ermitteln. Die aus der Studie gewonnenen Daten führen zu der Hypothese, dass relativ kleine Minderheiten, vorwiegend solche mit gehobenem Bildungsniveau, ausreichenden finanziellen Ressourcen und positiver Beurteilung ihres Gesundheitszustandes bereits unterwegs sind zu einer stärker selektiven und änderungsbereiten, selbstbestimmten Lebensführung im Alter. Als Resümee kann gelten: Alte Menschen können mehr als bisher auch politisch als Aktivitäts-Ressource gesehen und formiert werden. Die finanzielle und ideelle Stützung von Gruppen, die Senioren aktivieren, ist unbedingt nötig. Dabei haben Sozial- und Bildungseinrichtungen eine wichtige Funktion, die es auszubauen gilt.

- Wie in den Jahren 1989, 1994, 1996 und 1998 wurde auch im Jahr 2001 eine für Wien repräsentative Befragung betreffend die **Einstellung der Wiener Bevölkerung** zu Ausländern durchgeführt, wobei neben aktuellen Fragestellungen vor allem bereits erhobene Einstellungsfragen übernommen wurden, um Veränderungen in der Einstellung im Zeitverlauf im Sinne einer Monitoringstudie analysieren zu können. Die Auswertung erfolgte bis 2002. Die generelle Einstellung zu den in Wien lebenden Menschen aus dem Ausland („Gastarbeitern“) hat sich deutlich verbessert, Vorurteile finden nur mehr bei einer Minderheit Zustimmung. Mehrheitlich ist man aber der Meinung, dass Ausländer, die ohne Arbeitserlaubnis hier arbeiten, aus Österreich ausgewiesen werden sollten. Auch Wirtschaftsflüchtlingen steht man ablehnend gegenüber. In der Zeitreihe betrachtet haben sich die Einstellungswerte gegenüber den vorangegangenen Befragungen deutlich verbessert.
- Mit dem Forschungsauftrag **Migration & Integration – Internationale Vergleiche – Europäische Perspektive** wurde versucht, eine aktuelle und möglichst alle Teilaspekte der Thematik Migration und Integration umfassende Bestandsaufnahme und Analyse der wichtigsten Entwicklungen, Trends und Erkenntnisse im europäischen und internationalen Vergleich zu machen. Die Ergebnisse liegen in Form einer vergleichenden Analyse der Integrationspolitiken in 13 Städten aus neun Staaten vor, wobei das Modell der **Diversitätspolitik** von besonderem Interesse für Wiens künftige Integrationspolitik sein könnte. Wichtigstes Kennzeichen des Diversitätsansatzes ist die Überwindung des Denkens in den Kategorien einer „Mehrheitsgesellschaft“, der die Zuwanderungsbevölkerung gegenübersteht, sowie des Problemgruppen- und Randgruppendenkens.
- Zielsetzung der wissenschaftlichen Bearbeitung **Stadt des Miteinander** (Perspektiven für die nach Wien Zugewanderten im Hinblick auf die Zielsetzungen des Strategieplans) war eine Abschätzung und wissenschaftliche Begleitung strategischer und operativer Gestaltungsmöglichkeiten für Politik, Verwaltung, Wirtschaft und zivile Akteure im Sinne des Leitbildes, der strategischen Ziele und der strategischen Projekte des Strategieplans. Es wurden qualitative Interviews mit Wissenschaftler/innen sowie strategisch relevanten Akteuren durchgeführt, um die demografischen, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen sowie sozialpolitischen Zusammenhänge von Migration und Integration zu erfassen.

### Stadtplanung und Stadtentwicklung

Einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt des Referats Stadtplanung und Stadtentwicklung und der Abteilung bildeten die Vorbereitungen der Arbeiten zur Erstellung eines **neuen Stadtentwicklungsplans (STEP 2005)**. Im Unterschied zum STEP 1994 kann der STEP 2005 nicht nur einfach „fortgeschrieben“ werden, sondern soll vielmehr im „Wiener Planungssystem“ als handlungsorien-

tierter Plan der räumlichen Entwicklung bestehen. Im Jahrzehnt seit dem STEP 1994 haben sich neue Rahmenbedingungen ergeben (seit 1995 ist Österreich Mitglied der EU; bevorstehende Integration der osteuropäischen Nachbarstaaten in die EU mit völlig neuen Perspektiven im Bereich der Wirtschafts-, Verkehrs- und Siedlungsentwicklung für Wien und sein Umland; Globalisierung der Wirtschaft – die Region Wien fungiert als „Wachstumsmotor“; verschiedene „neue“ endogene, städtische Entwicklungen).

Die Bearbeitung des STEP 2005 erfolgt v. a. durch Eigenexpertise in kleinen effizient arbeitenden Teams zu Sektoralthemen, wie beispielsweise Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung, städtische Lebensqualität, regionale Entwicklungen sowie Querschnittsthemen, wie Thematische Stadtforschung und Trends, Gender Mainstreaming, Planungs- und Steuerungsinstrumente etc.

In einem Start-Workshop zum Thema **„Internationale Beispiele aktueller Stadtentwicklungspläne – neue Formen verbindlicher Vorgaben für eine Stadtregion“** wurden die Themenblöcke „Stadtentwicklungsplan und Stadtmodelle“, „Stadtentwicklungsplan und neue Formen verbindlicher Vorgaben“ sowie „Stadtentwicklungsplan und regionale Wirksamkeit“ behandelt. Teilnehmer/innen waren ca. 40 Fachleute, die für die weitere Bearbeitung des neuen Wiener Stadtentwicklungsplans maßgeblich sind.

In dem **magistratsinternen Experten-Workshop „STEP-heute“** wurden die Themenblöcke „Stadtentwicklungsplanung – ein Instrument in ständiger Veränderung“ und „Stadt-Umland-Verflechtung und stadregionale Kooperation“ behandelt.

Im Zuge der Materialiensammlung für den STEP wurde die Studie **„Stadtstrukturelle Wirkungen der Wiener Wirtschaftsentwicklung“** erstellt. Sie setzt sich mit dem Zusammenhang zwischen der Wiener Wirtschaftsentwicklung einerseits und der durch Büroimmobilien geprägten Stadtstruktur andererseits auseinander und enthält eine Darstellung der seit 1995 errichteten Wiener Bürogroßimmobilien bzw. in Realisierung befindliche Büroprojekte in ihren räumlichen und ökonomischen Dimensionen.

Insgesamt wurde seit 1995 eine Bruttogeschossfläche (BGF) von rund 673.000 m<sup>2</sup> in 30 Bürogroßimmobilien realisiert. Die Analyse nach Lagekategorien zeigte, dass 37 Prozent der errichteten BGF außerhalb der im STEP 1994 für Bürozentren vorgesehenen Kategorien Hauptzentren, Geschäftsstraßen und Entwicklungsachsen erfolgte. Räumliche Entwicklungsschwerpunkte waren vor allem der 21. und 22. Bezirk (30 Prozent der gesamten BGF) und der 2. und 20. Bezirk (28 Prozent). Die Studie enthält auch Empfehlungen zur ökonomischen und strukturellen Entwicklung des Standorts Wien, wie z. B. die Ausweisung von Entwicklungszonen für vorrangig wirtschaftliche Entwicklung oder Zonen mit räumlichen Schutzinteressen.

# Stadtentwicklung und Verkehr

Mit der Entwicklung von Internet und neuen Medien werden begründete und unbegründete Hoffnungen und Ängste verbunden. Zunehmend wird die **Diskussion um die Zukunft der realen Städte und Regionen** geführt. Eine der vielen Facetten dieses Themas ist der „virtuelle Einkauf“. Eine starke Zunahme des Online-Shopping und der Online-Dienstleistungen wird unzweifelhaft Auswirkungen auf die „reale Stadt“ haben. Befürchtet werden vor allem negative Folgen für Zentrenstrukturen, Verkehr, Arbeitsmarkt und kommunale Haushalte. Es bestehen aber gleichzeitig Hoffnungen auf neue Chancen für eine nutzerfreundlichere Versorgung und eine neue Profilierung von Zentren. Daher beteiligte sich die MA 18 gemeinsam mit Stadtentwicklern und Wirtschaftsförderern aus 21 weiteren Städten und Regionen am Projekt des Deutschen Instituts für Urbanistik **„Online-Shopping und Online-Dienstleistungen – kommunale Handlungsspielräume“**.

Gender Mainstreaming war auch im Jahr 2002 im Blickpunkt. Es wurden Prinzipien und Überlegungen für die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern für den Stadtentwicklungsplan 2005 festgelegt und ein Werkstattbericht **„Gender Mainstreaming in der Stadtplanung“** herausgegeben. In diesem Bericht wird an Hand von Wiener und internationalen Beispielen versucht, diesen etwas sperrigen Begriff bildhafter im Bereich der Stadtplanung darzustellen. Im Masterplan Verkehr wurde eine Kriterienliste angewendet nach der alle vorgeschlagenen Maßnahmen gecheckt wurden.

Infolge der positiven Erfahrungen im 9. Bezirk (Musterbezirk Lokale Agenda 21) wurden im Jahr 2002 weitere fünf Wiener Gemeindebezirke als Lokale Agenda 21 – Bezirke ausgewählt. Der **Beirat für Lokale Agenda 21**, in dem ein Referatsmitglied sitzt, spielte eine aktive Rolle bei den Vorbereitungsarbeiten und bei der Auswahl der Bezirke. Nach Beauftragung des Agenda Teams in diesen fünf Bezirken im Jahr 2003 wird der Beirat eine flächendeckende beratende Funktion in dem gesamten Prozess der Lokalen Agenda 21 in Wien übernehmen.

Einen weiteren Aufgabenbereich stellt die inhaltlich maßgebliche Beteiligung an EU-Projekten im Rahmen des 5. Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung der EU dar. Das Projekt **INTERACT** ist ein thematisches Netzwerk von 13 europäischen Städten und ist Teil des 5. europäischen Forschungsprogramms („City of Tomorrow and Cultural Heritage“ und „Energy, Environment and Sustainable Development“). Das dreijährige Projekt (mit den Modulen: Fallstudien, Ausbildung und Beamten-Austauschprogramme) hat die Nachhaltigkeit („Sustainability“) und die Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Akteuren in einer Stadt („Governance“) als Schwerpunkte. Die Fallstudie der Stadt Wien in der ersten Phase war die „Erneuerung der Geschäftsstraßen“.

Mit dem zweiten Forschungsprojekt **COMET** (Competitive Metropolises Economic Transformation,

Labour Market and Competition in European Agglomerations) sollen Instrumente zur Entscheidungsfindung für die Stadtplanung und für eine nachhaltige Entwicklung des tertiären Sektors in innerstädtischen und suburbanen Gebieten erarbeitet werden. Die Analyse der tertiären Suburbanisation, Entscheidungsmethoden für optimale Standorte und Steuerungsmechanismen für städtische Zersiedelung stehen im Vordergrund. Das Projekt läuft in sieben europäischen Ländern und besteht aus 16 Partnern.

## Regionalentwicklung

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Referats Regionalentwicklung lag bei Planungsfragen regionaler und städtischer Verkehrsinfrastruktur und in der Mitarbeit an Konzepten und Untersuchungen der Planungsgemeinschaft Ost (PGO), hier insbesondere die Fortschreibung des Verkehrskonzeptes als aktualisierte Darstellung des Planungs- und Wissensstandes und als Entscheidungsgrundlage in allen wichtigen Fragen der Stadtplanung. 2001 entschloss sich die Stadt Wien, das Wiener Verkehrskonzept 1994 in einem **Masterplan Verkehr Wien** weiterzuentwickeln. Im Februar 2002 wurde im Gemeinderat ein so genanntes **Positionspapier** beschlossen, in welchem die Haltung Wiens zu aktuellen europäischen und nationalen verkehrspolitischen Themen enthalten ist.

Seit April 2002 wird an der Erstellung des eigentlichen **Masterplan Verkehr** gearbeitet. In einem Team aus magistratsinternen und -externen Fachleuten wurden einerseits die Evaluierung der bisherigen Verkehrspolitik, der Stand der Mobilität in Wien sowie die Entwicklungstrends und Herausforderungen analysiert. Darauf aufbauend wurde ein Leitbild, Grundsätze, Ziele und zukünftige Handlungsschwerpunkte erarbeitet. Parallel zu dieser inhaltlichen Bearbeitung findet ein breit angelegtes Bürger/innenbeteiligungsverfahren für ganz Wien statt. Die Fertigstellung des Masterplan Verkehr und der Abschluss des Bürgerbeteiligungsverfahrens sind für Mitte 2003 vorgesehen.

Zu den Aufgaben der Verkehrsplanung zählt grundsätzlich die generelle verkehrssystemübergreifende und raumstrukturbezogene **Bearbeitung jener übergeordneten Verkehrsnetze und -knoten**, die Bedeutung für die Verkehrsbeziehungen innerhalb der Stadt ebenso wie mit dem Umland haben, im Speziellen vor allem aber auch die generelle U-Bahn- und Bundesstraßenplanung. Im Jahr 2002 wurde der Nachfrageteil des Verkehrsmodells fertig gestellt und konnte bei der Strategischen Umweltprüfung Entwicklungsraum Nordosten Wiens (SUPER NOW) bereits eingesetzt werden. Das Verkehrsmodell steht nun für die Prognose und Beurteilung von Maßnahmen in der Verkehrsplanung und Siedlungsentwicklung zur Verfügung.

Planungen für den **öffentlichen Verkehr** konzentrierten sich auf Überlegungen für U-Bahn-Netzentwicklungen als Vorbereitung für die **4. U-Bahn-Ausbauphase**. Zur Vorbereitung der politischen Entscheidungsfindung wurden u. a. in der Mach-

barkeitsstudie „Gegenüberstellung von Maßnahmen zur Attraktivierung des ÖV-Korridors Brünner Straße“ fünf Varianten untersucht und einander gegenübergestellt. Eine zweite Arbeit, die Variantenuntersuchung zur U1-Südverlängerung vom Reumannplatz bis nach Rothneusiedl, wurde auch der interessierten Öffentlichkeit im Rahmen einer 2-tägigen Werkstattausstellung mit fachlicher Betreuung näher gebracht.

Neben den aktuellen Planungen zur Erweiterung des U-Bahnnetzes wurden auch Verbesserungen im Angebot des Sekundärnetzes (Bus und Straßenbahn), wie z. B. die Verlängerung der Linie O in das Nordbahnhofgelände und die Verlängerung der Linie 25 nach Groß-Enzersdorf auf ihre Machbarkeit untersucht. Zur Verbesserung und Attraktivierung des schienengebundenen ÖPNV zwischen Wien und dem Umland wurde an der Realisierung neuer Verknüpfungsmöglichkeiten von unterschiedlichen Verkehrssystemen gearbeitet (Mischverkehrssysteme).

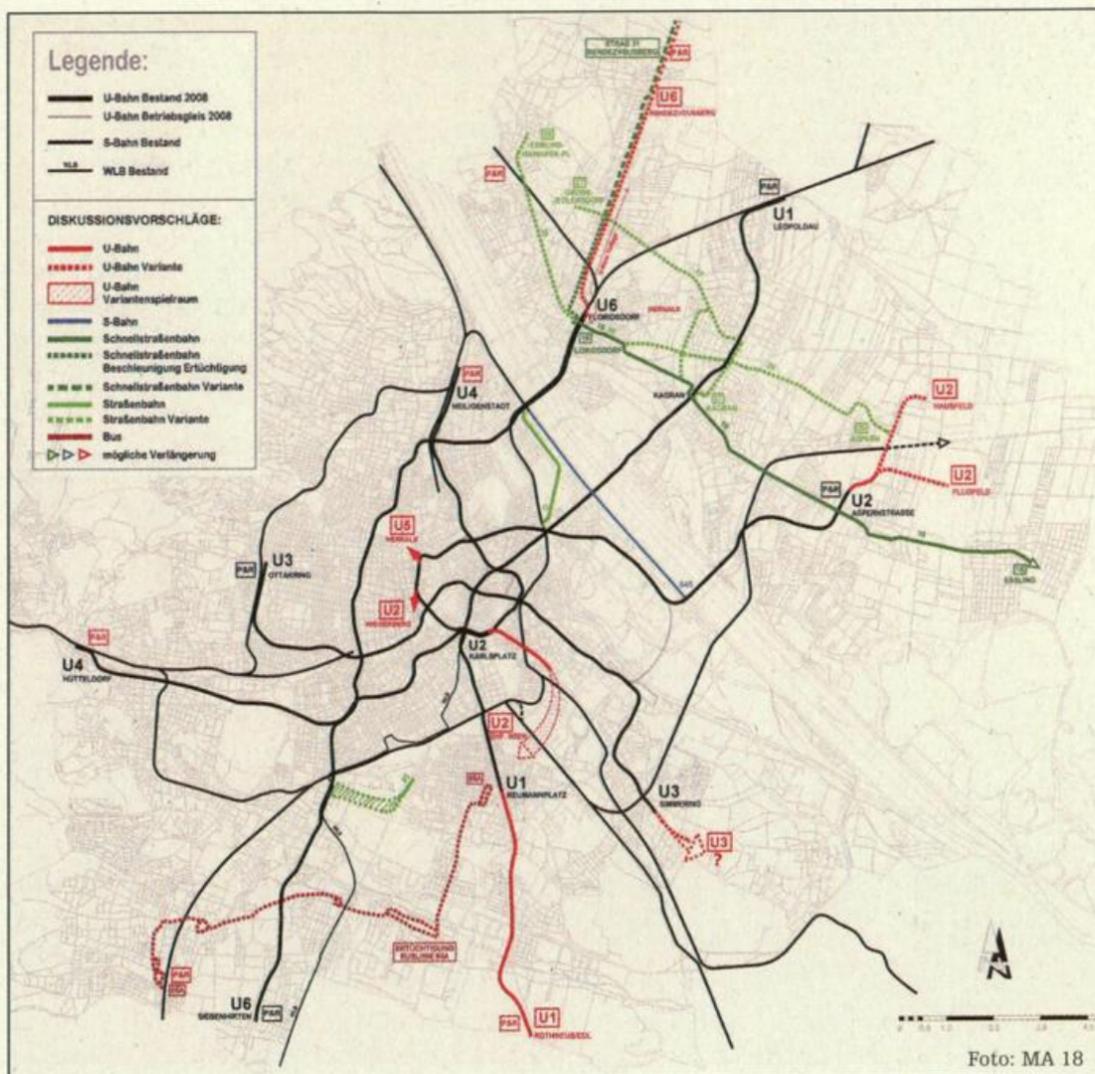
Das Schwergewicht der Planungen für den Individualverkehr lag auf dem Schließen vorhandener Netzlücken bzw. umweltverträglicheren Trassierungen im Hauptstraßen-B-Netz (B 12, B 13a, B 14, B 3d, A 23 – B 225). Im Zuge von SUPER NOW wurden mögliche Trassenführungen und Knotenausbildungen der Nordostumfahrung von Wien (S 1), der Verlängerung der Donauuferautobahn (A 22) sowie den daran angrenzenden Hauptverkehrsrouten untersucht.

Das bestehende Modell der Parkraumbewirtschaftung in Wien hat sich bewährt. Nunmehr ist ein nächster Schritt erforderlich. Es wurde daher ein neues flexibleres Modell (Parkraumbewirtschaftung ohne Kurzparkzone) entwickelt, das im Jahr 2004 in einem Pilotversuch in der Stadthalenumgebung getestet werden soll.

Die im November 2001 von der Stadt Wien (MA 18) bestellte Regionalmanagerin unterstützt den Magistrat bei der Koordinierung und Lösung von immer bedeutender und schwieriger werdenden Stadt-Umland-Fragen wirksam. Dazu dienen auch regelmäßige Kontaktgespräche mit dem 21. und 22. Bezirk, mit den Nachbargemeinden sowie eine enge Zusammenarbeit mit der Planungsgemeinschaft Ost, dem niederösterreichischen Regionalmanager für das Weinviertel sowie den Ämtern und Behörden der Gebietskörperschaften.

Ein erstes Kooperationsprojekt war das grenzüberschreitende Tourismuskonzept „Rund um den Bisamberg“, das vom 21. Bezirk mit diversen örtlichen Arbeitsgruppen, von Fachdienststellen des Magistrats (insbesondere MA 18, MA 21B, MA 49) und von den Gemeinden Hagenbrunn, Bisamberg, Langenzersdorf gemeinsam erarbeitet wurde.

Zwei weitere grenzüberschreitende Entwicklungskonzepte für die Kleinregionen „Donaustadt – Marchfeld Süd“ und „Wien Nord – Marchfeld West“, letztere für den weiter nördlich gelegenen Raum Süßenbrunn – Leopoldau – Gerasdorf – Deutsch Wagram, wurden vorbereitet.



Im Rahmen des Ausbaus der hochrangigen öffentlichen Verkehrsmittel wurden die Planungen für die vierte Ausbauphase des U-Bahn-Netzes vorbereitet.

#### Sonderaufgaben und themenbezogenes Projektmanagement

In den Bearbeitungen des Referats Sonderaufgaben und themenbezogenes Projektmanagement wurden im Jahr 2002 folgende Themenbereiche behandelt:

Im Zuge der Generellen Radverkehrsplanung wurde die „Radverkehrserhebung 2002–2005“ begonnen, in der neben den turnusmäßigen händischen Radverkehrszählungen erstmals an vier Standorten automatische Dauerzählungen mit dem Ziel durchgeführt werden, eine detailliertere Analyse der Entwicklung bzw. der Nutzung des Radverkehrs zu erhalten. Gemeinsam mit Schüler/innen von ausgewählten Schulen wurde ein Pilotprojekt zur „Mobilitätserziehung Radverkehr“ durchgeführt. Als Vorbereitung für die Re-Zentralisierung des Hauptradverkehrsnetzes wurde in interner Bearbeitung gemeinsam mit anderen Dienststellen und den Bezirken das „Hauptradverkehrsnetz 2002“ erarbeitet und anschließend einer Prioritätenreihung unterzogen.

Des Weiteren wurde untersucht, in welche Richtung sich die „Kinos in Wien“ weiterentwickeln, wie die „Therme Oberlaa“ gegen die Thermenlandschaft in Burgenland/Steiermark bestehen kann, ob sich Wien der Herausforderung eines modernen „Hauses der Mobilität“ stellen soll, sowie über die Nachnutzung der „Wiener Flaktürme“ publiziert

# Stadtentwicklung und Verkehr

(Werkstattbericht). Im Zuge des Donaukanalmanagements wurde unter anderem eine Machbarkeitsstudie für einen „Wildwasserkanal Brigittenauer Sporn“ erstellt sowie evaluiert, welche Flächen entlang des Donaukanals für die Verwertung im Rahmen eines Public-Private-Partnerships herangezogen werden könnten.

Der ganzjährige Arbeits- und Diskussionsprozess zur Strategischen Umweltprüfung Entwicklungsraum Nordosten Wiens (SUPER NOW) wurde im Dezember 2002 abgeschlossen.

Im Rahmen der **Landschafts- und Freiraumplanung** wurden unter anderem mögliche Standorte und Themen für eine „WIG neu“ erfasst, um einen weiteren neuen Impuls für die Freiraumplanung in Wien zu initiieren. Gemeinsam mit der Raumordnungsabteilung des Landes Niederösterreich und den Regionalmanagements wurde mit einer Studie über die Werte und Potenziale des Landschaftsraums Marchfeld eine Grundlage für ein gemeinsames Landschaftsprogramm geschaffen.

Im Jahr 2002 fanden diverse Veranstaltungen zur Öffentlichkeitsarbeit im Arbeitsbereich **Kinder und Jugendliche** statt. Es begann im Frühjahr mit dem Wissenstransfer „Wie geht's? – Räume für Kinder und Jugendliche“ mit magistratsinternen und -externen Experten/innen aus der Planung und Jugendarbeiter/innen, bei dem an Hand von vier schon ausgeführten Beispielen die Erfahrungen dieser beiden Bereiche mit der Planung, Aus-

führung und Betreuung von Kinder- und Jugendprojekten ausgetauscht und mögliche Verbesserungen diskutiert wurden.

Im Sommer fand die Ausstellung **„Spielräume der Großstadt“** in der Wiener Planungswerkstatt vor allem bei Kindern und Jugendlichen reges Interesse, da die Ausstellung mit Workshops „Ideen für Wien gesucht“ im Rahmen des Wiener Ferienspiels kombiniert wurde.

Das erfolgreiche Pilotprojekt **„Mehr Platz für Kinder“** wurde im Jahr 2002 ein weiteres Jahr im Karmeliterviertel durchgeführt. Da in anderen Bezirken reges Interesse an dem Projekt herrscht, wurde es auch den Bezirkskoordinatoren/innen und als Transferleistung in mehreren Bezirksvorstellungen vorgestellt.

„Einfach-mehrfach“ ist eines der Strategischen Projekte (Strategieplan) der Stadt Wien. Insbesondere für Kinder und Jugendliche sollen mittels **Mehrfach- und Zwischennutzungen** die „Spielräume“ der Stadt erweitert werden. Dieser neue Weg beinhaltet sozial- und demokratiepolitische Zielvorstellungen ebenso wie wichtige Grundsätze der Verwaltungsreform und einen ökonomischen Zugang mit knappen Ressourcen.

Der Bereich Lebensqualität bildet einen neuen und sehr wichtigen Arbeitsbereich. Eine eigene **Arbeitsgruppe „Lebensqualität“** zum STEP 2005 führte im Herbst 2002 einen Workshop mit Experten/innen anderer Dienststellen durch, um den „Status Quo der LQ in Wien und seiner Region“ zu formulieren und das Thema auf eine breitere Basis zu stellen.

Im Mai 2002 fand ein 2. Treffen der Arbeitsgruppe **„Healthy Urban Planning – WHO“** in Mailand statt. Das Treffen diente der Vertiefung des Themas und der Präsentation von Fallbeispielen, in denen Gesundheit zu einem integrierenden Bestandteil der Stadtplanung gemacht wurde.

## Öffentlichkeitsarbeit

Die Aktivitäten der Wiener **Stadtentwicklung** auf dem Sektor der fachlichen Öffentlichkeitsarbeit wurden auch im Jahr 2002 mit einem Hauptschwerpunkt auf Fachausstellungen (teilweise in Zusammenarbeit mit anderen Planungsdienststellen) fortgesetzt. Besonders erwähnenswert sind davon die Ausstellungen **„Wien, Stadt- und Umwelttechnologien – Der Stand der Dinge“**, **„Spielräume der Großstadt“** und **„Wenn aus Bildern Daten werden – Vienna GIS“**.

**Bürger/innen-Information** wurde auch in den Bezirken vor Ort präsentiert. Vor allem die Ausstellungen **„Landwirtschaft in Wien“** sowie **„Wien-Mitte“** und **„Expertenverfahren Vorbereich Schönbrunn“** sind hier zu nennen. Zu den Ausstellungen **„Wien, Donauraum – Der Stand der Dinge“** und **„Wenn aus Bildern Daten werden – Vienna GIS“** wurden speziell die Wiener Schulen eingeladen. Hierbei konnten über 1.400 Personen betreut werden.



Ausstellungseröffnung  
„Spielräume der  
Großstadt“ mit  
Planungsstadtrat  
DI Rudolf Schicker und  
Gemeinderätin  
Mag. Sonja Wehsely.

Foto: Votava / PID

Die beiden Ausstellungen „Wien, Architektur – Der Stand der Dinge“ und „Wien, Stadterhaltung/Stadterneuerung – Der Stand der Dinge“ wurden in den Städten Bratislava, Zagreb und Sofia mit sehr großem Erfolg präsentiert. Dazu wurden jeweils Fachseminare zur Wiener Stadtentwicklung mit Experten/innen aus Wien und den jeweiligen Städten abgehalten. Zudem wurden 20 **Fachveranstaltungen** zu Themen der Stadtentwicklung/Stadtplanung organisiert bzw. Beiträge zu nationalen und internationalen Tagungen und Konferenzen geliefert.

Die **Internet-Präsentation** (www.stadtentwicklung.wien.at) wurde forciert. Zur Zeit stehen über 120 Megabyte an Datenmaterial über verschiedenste Themen der Wiener Stadtentwicklung online zur Verfügung. Auch wurden mehrere Datenbanken (z. B. www.municipia.at) mit Fachinformationen gespeist.

In den **Schriftenreihen** der Wiener Stadtentwicklung wurden auch im Jahr 2002 wieder die verschiedensten Themen publiziert. Dabei handelt es sich um die Publikationsreihen „Der Stand der Dinge“ und die Werkstattberichte. Außerdem wurden Informationsfolder und Broschüren produziert.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt war die Betreuung von Delegationen aus dem In- und Ausland (so z. B. verschiedenste Bürgermeister/innen, Politiker/innen und Fachbeamte/innen aus Städten der EU-Erweiterungsländer und der Russischen Föderation) durch Mitarbeiter/innen der Stadtentwicklungsabteilungen.

#### Technische Bibliothek

	Buchbestand	Zuwachs
Technische Bibliothek		
Werke	21.262	325
Bände	39.227	882
Archiv Stadtplanung		
Werke	7.119	110
Bände	12.489	234
Zeitschriften (Periodika)	466 (davon 337 im Rundlauf)	
Entlehnungen		
	Lesesaal	Extern
Bände	1.214	1.315
Entlehner	478	777
Zeitschriftenrundlauf		
Leseranzahl (= Mappen)		188
Zeitschriftenanzahl (= Abos)		337
Ausgewählte Zeitschriften		2.964
Umgesetzte Einzelhefte		33.191
Ausgewählte Zeitschriften / Leser		15,76
Bestellung/Rechnungen		
Anzahl		1.331
Summe	EUR	164.758,94

#### Architektur und Stadtgestaltung (MA 19)

Die MA 19 ist im Rahmen der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr die Fachdienststelle für Architektur, Stadtgestaltung und alle Belan-

ge des Stadtbildes. Als „Architekturbüro der Stadt Wien“ umfasst ihr Aufgabenbereich ein weites Spektrum. Die funktionelle Schwerpunktsetzung spiegelt sich in der organisatorischen Dezernatsgliederung wider:

- Gestaltung öffentlicher Raum
- Generelle Grundlagenplanung
- Städtischer Nutzbau
- Architektonische Begutachtung

Die unterschiedlichen Planungsaufgaben werden im Zusammenhang mit anderen Geschäftsgruppen, Dienststellen, Interessensvertretungen, politischen Institutionen und nicht zuletzt mit der Bevölkerung erarbeitet und tragen wesentlich zur Prägung des Stadtbildes bei. Mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) mit Planungsleistungen sind Vertragsverhandlungen und Gebührenberechnungen verbunden. Bei der Auswahl der Planer waren das Wiener Landesvergabegesetz bzw. die Vergaberichtlinien der Stadt Wien zu befolgen.

#### Dezernat „Gestaltung öffentlicher Raum“

Diese Tätigkeit umfasst grundsätzlich die folgenden vier Arbeitsbereiche:

##### Oberflächenplanungen

Für Projekte, die im Rahmen der U-Bahnplanung betrieben wurden, wie z. B. U1-Nord und U2-Nord (laut Architektenwettbewerb), wurden größere Oberflächenplanungen weiterbearbeitet, wobei es sich teilweise um Architektenbeauftragungen handelt, wie z. B. 1., 3., 4., Schwarzenbergplatz, 1., Lothringerstraße, 2., Karmeliterplatz, Konzept 23., Liesinger Hauptplatz, 2., Praterstern, S7-Oberflächen vom 3., Rennweg bis östliche Stadtgrenze, 8., Schlesinger Platz, 10., Columbusplatz, 20., Wallensteinplatz, 20., Ilgplatz, 21., Jedlersdorfer Platz sowie Eigenplanungen der MA 19 wie 1., Wipplingerstraße, 1., Albertinaplatz, 1., Kühfußgasse, 1., Wallnerstraße und 37 weitere kleinere Projekte.

Konzepterarbeitung fanden in 1., FGZ Kärntner Straße, 1., Hoher Markt statt. Architekturwettbewerbe wurden für die Bereiche 2., Messe Vorplatz, 5., Wiedner Hauptstraße durchgeführt. Mitgearbeitet bzw. federführend war die Abteilung in den Arbeitskreisen 1., Kunstplatz-Karlsplatz, 1., Donaukanalbereich – Innere Stadt, 1., Neuer Markt (Tiefgarage), 10., FGZ Favoritenstraße, 16., Brunnenmarkt, Wienflussbereich sowie Fachkommission Verkehr – Straßenraumgestaltung.

Im Rahmen des Konzepts „Attraktivierung des öffentlichen Raumes – 50-Orte-Programm“ wurde ein Grundsatzkonzept für ein Netzwerk von Plätzen, Orten und Wegen als bezirksübergreifende Maßnahme für alle 23 Bezirke (am ausgearbeiteten Beispiel der Bezirke 3 und 6) erarbeitet, um die stadtgestalterische Qualität im öffentlichen Raum zu verbessern. Für die Ausarbeitung dieses Konzepts in den Bezirken 4, 5 und 9 wurden die entsprechenden Vorbereitungen getroffen (Verhandlungsverfahren). Aufbauend auf diesen Inhal-

# Stadtentwicklung und Verkehr

ten und Erfahrungen soll in den nächsten fünf Jahren im Rahmen des 50-Orte-Programms eine entsprechende Anzahl von Projekten umgesetzt werden.

## Möblierung des öffentlichen Raumes

Eine Bearbeitung für folgende neue Möblierungselemente wurde durchgeführt:

- Neuentwicklung eines Kandelabers für 10., FGZ Favoritenstraße
- Bearbeitung eines Konzeptes für Werbeeinrichtungen im öffentlichen Raum (Verhandlungsverfahren)
- Entwicklung von Fahrradständern (Viennabike) und eines neuen Wienmodells (Prototyp)
- Gestalterische Begleitung für „Musikmeile Innere Stadt“

## Diverse andere Gestaltungsaufgaben

Der Aufgabenbereich umfasst gestalterische Begleitbearbeitungen bzw. Begutachtungen von Straßenprojekten der MA 28, Teilnahme an Koordinierungsbesprechungen im Rahmen der Dezentralisierung für alle 23 Bezirke, Teilnahme an den Besprechungen im Zuge der U-Bahnplanungen und Bearbeitung von diesbezüglichen gestalterischen Aufgaben sowie Teilnahme an Bürgerdiskussionen (projektbezogen). Öffentlichkeitsarbeit wurde im Zuge von Pressekonferenzen, Ausstellungen usw. geleistet.

## Begutachtung von Ansuchen im öffentlichen Raum

Im Jahr 2002 wurden rund 920 Ansuchen zu folgenden Themengebieten behandelt: Schanigärten, Kioske, Warenausräumungen, Automaten, Vitрины, Postkästen, Litfasssäulen, City-Light Wartehallen, diverse Werbeelemente usw. Die Studie über Schanigärten und deren Möblierung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer wurde überarbeitet und in der Praxis laufend umgesetzt.

## Dezernat „Generelle Grundlagenplanung“

Das Dezernat behandelt grundsätzliche stadtgestalterische Themenstellungen, überprüft städtebaulich relevante Projekte auf ihre stadtgestalterischen Auswirkungen, koordiniert oder begleitet gegebenenfalls deren Entwicklung und vermittelt stadtplanerische und gestalterische Inhalte im Zusammenhang mit Vorträgen bzw. Ausstellungspräsentationen im In- und Ausland. Die Tätigkeiten können in folgende Arbeitsbereiche gegliedert werden:

### Generelle Konzeptionen

**Schutzzonenmodell für Wien:** Zur EDV-mäßigen Erfassung der schützenswerten Bausubstanz von Wien wurde 1997 mit der MA 14 eine Datenbank entwickelt, welche via Intranet den relevanten Dienststellen als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung steht. Im Jahr 2002 wurden weitere Felderhebungen durchgeführt (10., 11. und 22. Bezirk) und die Daten eingespeist.

## Koordinierung von Planungsabläufen

Zum Thema „städtebauliche Entwicklung des Westbahnhofbereichs“ wurden in einer Arbeitsgruppe der Stadt Wien (unter Federführung der MA 19) mit der ÖBB die verkehrlichen, finanztechnischen, städtebaulichen und platzrelevanten Fragestellungen für die Vorbereitung und Durchführung eines EU-weiten städtebaulichen Wettbewerbs abgeklärt. Der Wettbewerb dazu wurde im Jahr 2002 abgeschlossen. Die Ergebnisse des Wettbewerbs sind Grundlage für die Entwicklung des Masterplans und für die Umsetzung im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan.

## Mitarbeit bei Projektentwicklung und Arbeitskreisen

Ein weiteres Arbeitsfeld ist die Mitwirkung bei gestaltwirksamen Projekten und die Teilnahme an projektentwickelnden Arbeitskreisen anderer Fachdienststellen, wie z. B. der Planung und Errichtung von Ingenieurbauwerken. Die Aufgabe bei der Mitwirkung in Arbeitskreisen, Beiräten und Ausschüssen ist die Einbringung und Vertretung von stadtgestalterischen Aspekten und die Beantwortung fachspezifischer Fragestellungen.

Mit der Deklaration des Zentrums von Wien als Weltkulturerbestätte wurde die MA 19 in die Kerngruppe des Arbeitskreises zur Ausarbeitung des Managementplans und zur weiteren Umsetzung dieses Plans eingebunden.

Unter Mitwirkung der MA 19 wurden für die Donau City diverse städtebauliche und stadtgestalterische Themenstellungen behandelt. Im Besonderen wurde an der Entwicklung eines neuen Masterplans für die noch unbebauten Flächen mitgearbeitet.

## Durchführung von Wettbewerben

Im Zuge des von der MA 22 durchgeführten SYLVIE-Projekts (Systematische Lärmsanierung von innerstädtischen Wohnvierteln) wurde von der MA 19 für den Bereich Theodor-Körner-Hof ein Architekturwettbewerb für die Errichtung einer multifunktionalen Lärmschutzwand durchgeführt.

## Erstellung von Studien

In der Studie „Wiener Dachlandschaft“ werden gesetzliche Grundlagen, Statistiken, Typologien und Beispiele erfasst, die als Grundlage für Architektendiskussionen dienen sollen.

## Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der Ausstellungen „Architektur – der Stand der Dinge“ und „Stadterhaltung – der Stand der Dinge“, die im Jahr 2002 in Zagreb gezeigt wurden, sind Fachvorträge zur Thematik abgehalten worden. Weiters beteiligte sich die MA 19 an der GIS-Ausstellung, welche von der MA 14 gemeinsam mit anderen Fachdienststellen veranstaltet wurde. Die Thematik des Schutzzonenmodells und der Kulturgüterdatenbank wurden für die Ausstellung aufbereitet.

Mitwirkung bei der Erstellung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans

Beurteilung von Entwürfen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans aus gestalterischer Sicht sowie Feststellung von Schutzzonen, Abstimmung der Bebauungsbestimmungen in Schutzzonen und Verfassung von Motivenberichten zu diesen.

#### Dezernat „Städtischer Nutzbau“

In diesem Dezernat sind alle städtischen Hochbauplanungen mit Ausnahme des Wohnbaus zusammengefasst, wobei die folgende Aufgliederung vorgenommen wurde: Schulbau; Kindergärten und Heime; Sport- und Bäderbau, Amtshäuser, Museen, Feuerwehr, Rettung und diverse Nutzbauten; Krankenanstalten und Pflegeheime.

Die eintreffenden Planungsaufträge werden teils durch Eigenplanungstätigkeit, größtenteils jedoch durch Vergabe an Ziviltechniker erfüllt. Zur Auswahl der Planer sind fallweise EU-weit ausgeschriebene Vergabeverfahren, wie Wettbewerbe und Verhandlungsverfahren, oder geladene Wettbewerbe durchzuführen. Bei Fremdvergaben sind Vertragsverhandlungen zu führen, Honoraranprüche bis zur Schlussrechnung zu prüfen und gestalterische und funktionelle Anliegen während der Planungs- und Bauphase zu wahren.

#### Schulbau

Mit Auslaufen des „Schulbauprogramms 2000“, in dem seit 1991 zur Deckung des Schulraumbedarfs im Wiener Pflichtschulbereich ca. 100 Schulen neu gebaut oder erweitert wurden, stehen nun vermehrt finanzielle Mittel für Generalsanierungen der bestehenden Schulen zur Verfügung, wobei gleichzeitig mit der Instandsetzung der Schulgebäude funktionelle Verbesserungen der vorhandenen Bausubstanz vorgenommen werden müssen. Unter anderem wurden im Jahr 2002 Planungen für die Generalsanierung der Schulen 2., Feuerbachstraße, 8., Zeltgasse, 10., Florian Hedorferstraße, 12., Johann Hoffmann Platz, 21., Ostmarkgasse sowie 23., Pülslgasse erstellt. EU-weite Architektenwettbewerbe wurden für die Schulneubauten 10., Wienerberg City und 22., Langobardenstraße 56 unter Einbeziehung eines Kindertagesheimes ausgeschrieben und durchgeführt.

#### Kindergärten und Heime

Der Arbeitsbereich des Referats Kindergärten und Heime umfasst alle im Verwaltungsbereich des Amtes für Jugend und Familie liegenden Bauvorhaben. Die Generalinstandsetzungen der Kindertagesheime 12., Haebergasse 1, 20., Vorgartenstraße 71 sowie 3., Marxergasse 12 wurden fertig gestellt, bzw. in 3., Erdbergstraße 22 und 2., Engerthstraße 237 eingeleitet. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die im Zuge der Umstrukturierungsmaßnahmen der MA 11A einzurichtenden regionalen Stützpunkte. Im Jahr 2002 konnte der Stützpunkt 10., Randhartingergasse 19 in Betrieb genommen werden. Ein weiterer Stützpunkt in 9., Alserbachstraße ist derzeit in Planung.

Im Bereich der Neubautätigkeit ist die Fertigstellung des Kindertagesheims in 22., Bernoullistraße erwähnenswert. Auch hier wurde im Zuge des Neubaus ein regionaler Stützpunkt miterrichtet. Für den Neubau des Kindertagesheims 22., Schukowitzgasse 87 wurde ein geladener Wettbewerb mit sechs Teilnehmern vorbereitet. Das Kindertagesheim soll als Pilotprojekt eines Energiesparhauses konzipiert werden.

#### Amtshäuser, Feuerwehr, Rettung und diverse Nutzbauten

Im Jahr 2002 wurde nach den Plänen der MA 19 Wiens zweite große Bürgerserviceeinrichtung, die „Informationsstelle Ottakring“ im Amtshaus 16., Richard-Wagner-Platz, gebaut. Diese Bürgerserviceeinrichtungen stellen besonders kundenfreundliche Anlaufstellen für Bürger dar, in welchen ein Servicemix aus Leistungen des Magistratischen Bezirksamts, des Passwesens, des Meldewesens und des Bürgerdienstes angeboten wird. Mit der Planung von zwei weiteren Servicestellen, dem „Front Office Meidling“ und dem „Front Office Donaustadt“ wurde begonnen.

Die Planung des Tiefspeichers für die MA 9 im Hof 6 des Rathauses ist angelaufen. Die neu errichtete Gärtnerunterkunft in 21., Pastorstraße wurde ihren Nutzern übergeben. Eine weitere Unterkunft in 11., Bleriotweg ist in Bau, die Fertigstellung ist für Frühjahr 2003 geplant. Die Generalsanierung der Urania erreichte die letzte Phase, die Hauptbibliothek ist baulich fertig gestellt und wird den Nutzern im März 2003 übergeben.

Es wurden zwei geladene Wettbewerbe und zwei Verhandlungsverfahren durchgeführt:

- Um- und Zubau der Rettungsstation Hernals in 17., Gilmgasse;
- Neugestaltung des Arkadenhofs im Wiener Rathaus;
- Zentrale der MA 48 in 22., Stadlauerstraße 54 – Umbau des ehemaligen Waagner-Biró Bürohauses;
- Die geladenen Wettbewerbe Zubau Feuerwache Leopoldstadt und Wachstube und sozialer Stützpunkt am Karlsplatz wurden vorbereitet.

#### Krankenanstalten und Pflegeheime

Der Schwerpunkt der Planungstätigkeiten der MA 19 für den Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) lag im Jahr 2002 im Bereich Umbauten, Struktur- und Standardverbesserungen bestehender Gebäude. Im Dezember 2002 wurde das Planungsteam der MA 19 in den KAV ausgegliedert, sodass ab diesem Zeitpunkt keine Planungstätigkeiten für den KAV durchgeführt werden.

#### Dezernat „Architektonische Begutachtung“

Der Aufgabenbereich dieses Dezernats liegt in der Begutachtung von Bauansuchen aus architektonisch-stadtgestalterischer Sicht im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens für das gesamte Wiener Stadtgebiet. Die Tätigkeit stellt eine direkte projektbezogene Auseinandersetzung mit Stadt-

# Stadtentwicklung und Verkehr

bildfragen dar, und erstreckt sich auf Neu-, Zu- und Umbauten, Portale, Reklameanlagen, Antennenanlagen und Fensterauswechslungen. Bei der Beurteilung der Projekte wird aktiv darauf Einfluss genommen, sodass die beabsichtigten Bauführungen keine optische Beeinträchtigung des Stadtbildes bewirken (§ 85 der BO für Wien).

Im Rahmen einer umfassenden Projektarbeit wurde eine Studie zum Thema „Werbung in Wien“ in Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro BEHF sowie dem Architekturkritiker Jan Tabor erstellt, in der ein neuartiger Zugang dieses Themas in rechtlicher sowie in stadtgestalterischer Sicht konzipiert wird.

Auf Grund der Entwicklungen auf dem Telekommunikationssektor und der damit einhergehenden Intensivierung der Betreuung blieb der Aufwand der Begutachtung von Sendemastanlagen im Berichtsjahr 2002 weiterhin hoch. Zu diesem Thema wurde eine „Mobilfunkstudie der Stadt Wien“ in Zusammenarbeit mit Frau Arch. Dipl.-Ing. Thaller begonnen, die im Frühjahr 2003 fertig gestellt werden soll.

Im Zusammenhang der Tätigkeit dieses Referats wurden von den Referenten im Berichtsjahr 2002 ca. 8.000 Ansuchen bearbeitet und an die Baupolizei weitergeleitet. Diese umfassen Bauansuchen aller Art, Werbeanlagen, Antennenanlagen sowie die Bewilligung von Fensterauswechslungen.

## Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West (MA 21A)

Bei der Wahrnehmung der örtlichen Raumplanung wurden für die Bezirke 1–9 und 14–20 auf Grundlage übergeordneter und gesamtstädtischer Konzepte und politischer Programme einerseits **strategische Projekte** erarbeitet, und andererseits war die Schwerpunktsetzung der Abteilung auch im Jahr 2002 auf die Erfüllung des **10-Jahresprogramms** – der Neufestsetzung der im Jahr 1996 vom Verwaltungsgerichtshof aufgehobenen Flächennutzungs- und Bebauungspläne – ausgerichtet.

Ein besonderes Anliegen bei der **Kommunikation** mit der Bevölkerung war die Information und Diskussion im Vorfeld von Planungsverfahren.

Im Rahmen des **New Public Managements** ist auch die MA 21A im Jahr 2002 in das Kontraktmanagement eingestiegen und hat einen Leistungskontrakt mit der entsprechenden Basisdarstellung mit dem Magistratsdirektor und dem zuständigen Stadtrat abgeschlossen. Dabei wurden vor allem die magistratsweiten relevanten Verwaltungsziele sowie die wichtigsten stadtplanerisch wirksamen Ziele berücksichtigt.

### Strategische Projekte

#### Zielgebiet Gürtel

Um dem Auftrag aus dem Regierungsprogramm der Wiener Stadtregierung gerecht zu werden, die Verbesserungsstrategien für den Wiener Gürtel in

den kommenden Jahren gezielt fortzusetzen, wurde in der MA 21A ein Handlungskonzept ausgearbeitet, das geeignet ist, die vorangegangenen positiven Entwicklungsimpulse zu perpetuieren und den gesamten Gürtelbereich zu erfassen. In der Umsetzung dieses operationellen Konzeptes wurde nun einerseits eine magistratsinterne Geschäftsstelle sowie andererseits mit dem Gürtelbeirat ein Instrument geschaffen, das die Interessen und Möglichkeiten des privaten Sektors (Bevölkerung und Wirtschaft) im Zielgebiet mit den Strategien des öffentlichen Sektors (Bezirke, Magistrat) in Einklang bringen kann. Das Projekt wurde im Zielgebiet durch gezielte persönliche Aussendungen und zusätzliche Informationsveranstaltungen vorgestellt.

Eine weitere Attraktivierung und Imageaufwertung des Gürtels wurde durch die Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für das so genannte „Gürteldreieck“ im 19. Bezirk, das eine höherwertige Nutzung mit Büroflächen und Gastronomie zulässt, eingeleitet. Am Hernalser Gürtel konnte aufbauend auf eine Studie über den Westgürtel als weiterer städtebaulicher Impuls die Widmung für ein Hochhaus festgesetzt werden. Für den Bereich des Westbahnhofs wirkte die MA 21A bei der Erstellung eines Masterplans, der die Basis für weitere Wettbewerbs- sowie Planungsverfahren vorgibt, mit.

#### Erdberger Mais

Die Stadtentwicklungszone „Neu Erdberg – Simmering (Erdberger Mais)“ ist das Kernstück der nach Südosten gerichteten städtebaulichen Entwicklungssachse Wiens zwischen City und internationalem Flughafen Wien-Schwechat. Wesentliche Teile des etwa 250 Hektar großen Gebiets sollen kurz- bis mittelfristig eine nachhaltige Verbesserung des Nutzungsmixes sowie eine deutliche Nutzungsverdichtung erfahren.

Im Jahr 2002 wurde die erste Bearbeitungsphase in einer umfangreichen Ausstellung präsentiert und abgeschlossen (Erstellung eines Videos und fachliche Begleitung durch so genannte „Maiswalks“ als Bürger/inneninformation). Zu den Aspanggründen bzw. für den Bereich Mehrwert – Simmering wurden Entwürfe für Strukturpläne zur Beschlussfassung im Gemeinderat vorbereitet.

Für den Gesamtbereich wurde außerdem ein öffentliches Verkehrskonzept – abgestimmt auf mittel- bis langfristige Entwicklungstendenzen – eingeleitet.

#### Nordbahnhof

Der Nordbahnhof ist eine der größten und bedeutendsten innerstädtischen Entwicklungszonen Wiens. Die städtebauliche Entwicklung soll durch die Lage an der Achse zwischen Innenstadt und Donau-City einen Impuls für die gesamte Stadt, besonders aber für den 2. Bezirk setzen. 2002 wurde die Bebauung an der Lassallestraße fertig gestellt. Die nächste Entwicklungsphase, welche die zweite Blockreihe parallel zur Lassallestraße,

die Fläche des Leopoldparks und den Schulbau- platz beinhaltet, wurden so weit vorbereitet, dass kurzfristig mit einem städtebaulichen Wettbewerb begonnen werden kann. Dieser hängt aber weiter- hin vom Vertragsabschluss bezüglich der Flächen für Park und Schule zwischen Grundeigentümer ÖBB und der Stadt Wien ab. Als weitere Vorberei- tung wurden 2002 „Gestaltsatzungen“ für die bau- liche Ausgestaltung der den Park umgebenden Bebauungsfronten ausgearbeitet. Für einen weite- ren Bürobaublock wurde die projektmäßige Kon- kretisierung bis zur baurechtlichen Genehmigung begleitet.

#### Entwicklungszone „Prater Neu“

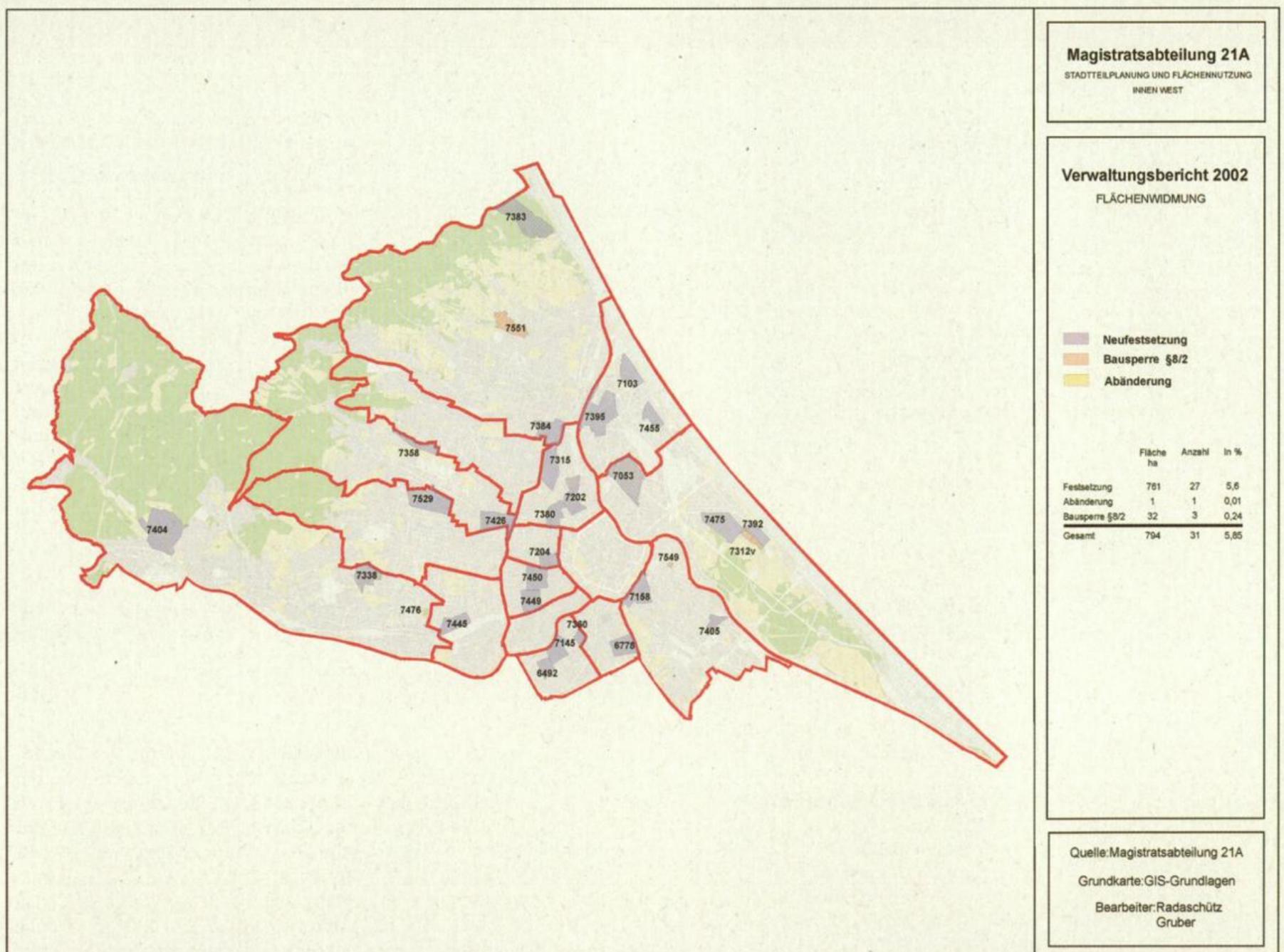
Durch die Einleitung eines Ideenfindungsprozes- ses, an dessen Ende ein umsetzungsorientierter Masterplan steht, wurde ein weiterer Planung- schritt für die Entwicklung des Gesamttraumes eingeleitet. Der eingeleitete Prozess dient primär dazu, Ideen, konzeptive Ansätze und Investoren für ein upgrading des Wurstelpraters sowie für die ab 2004 frei werdende 10 ha große Fläche Mes- se Süd zu erlangen und zu einem grundsächlichen Leitkonzept zusammenzuführen, das in der Folge auf Machbarkeit und Umsetzung geprüft wird.

Darüber hinaus wurden in Zusammenarbeit mit der Harvard University von 12 Studenten unter der Leitung von Prof. Peichl städtebauliche Konzep- tionen für den Bereich Messe Süd erarbeitet. Für diese Arbeiten wurde seitens der Magistratsdirek- tion ein Projektkoordinator in der MA 21A ein- gesetzt.

#### Innere Stadtentwicklungsgebiete

##### 2., Städtebauliches Leitbild Bereich U2-Station Messe – Wehlistraße

Durch die bis 2008 bzw. 2009 beabsichtigte Ver- längerung der U2 vom Schottentor in den Raum Stadlau werden im 2. Bezirk, vor allem im Bereich der zukünftigen U2-Stationen Messe, Trabrenn- straße, Stadion sowie Donaustadtbrücke umfang- reiche Erneuerungsprozesse eingeleitet. Für die Chancen der zukünftigen Entwicklung dieses Bereichs ist von Bedeutung, dass im Nahbereich der genannten Stationen ungenutzte bzw. der Standortgunst nicht entsprechend genutzte Flä- chen situiert sind, die ein Gesamtpotential von rund 30 ha Grundfläche ergeben und zu rund 2/3 im Besitz der Stadt Wien sind. Darüber hinaus weist das Wiener Hochhauskonzept die Zone als



# Stadtentwicklung und Verkehr

potentielle Eignungszone aus und sieht die Ausarbeitung eines städtebaulichen Leitbildes vor.

Aufbauend auf den Erkenntnissen von städtebaulichen Sondierungsverfahren, Strukturkonzepten und Verkehrskonzepten wurden nun die Ergebnisse aufeinander abgestimmt und zu einem großräumigen Leitbild verschmolzen.

### 3., Ideenkonkurrenz Erdberger Lände

Im Rahmen eines URBAN II – Förderprojekts konnten durch eine „Städtebauliche Ideenkonkurrenz“ mittel- bis langfristige Entwicklungspotentiale aufzulassender Betriebsstandorte ausgelotet werden.

### 17., Umnutzung von brachliegenden, ehemaligen Betriebsflächen

Im Sinne einer adäquaten Wohnraumbeschaffung wurden die Liegenschaften einer ehemaligen Gärtnerei am Schafberg für Kleingärten (ganzjähriges Wohnen) umgewidmet.

### 19., Ortskern Grinzing

Nachdem die Bauordnung für Wien seit der Festsetzung des „Grinzing-Plans“ (von Prof. Gustav

Peichl) mehrmals novelliert wurde, müssen vor allem die derzeit festgesetzten Bebauungsbestimmungen insofern überarbeitet werden, als sie zusehends schwerer vollziehbar werden. Zum Teil entsprechen sie auch den heutigen Zielsetzungen für diesen sensiblen Bereich des 19. Bezirkes nicht mehr und müssen daher überdacht werden.

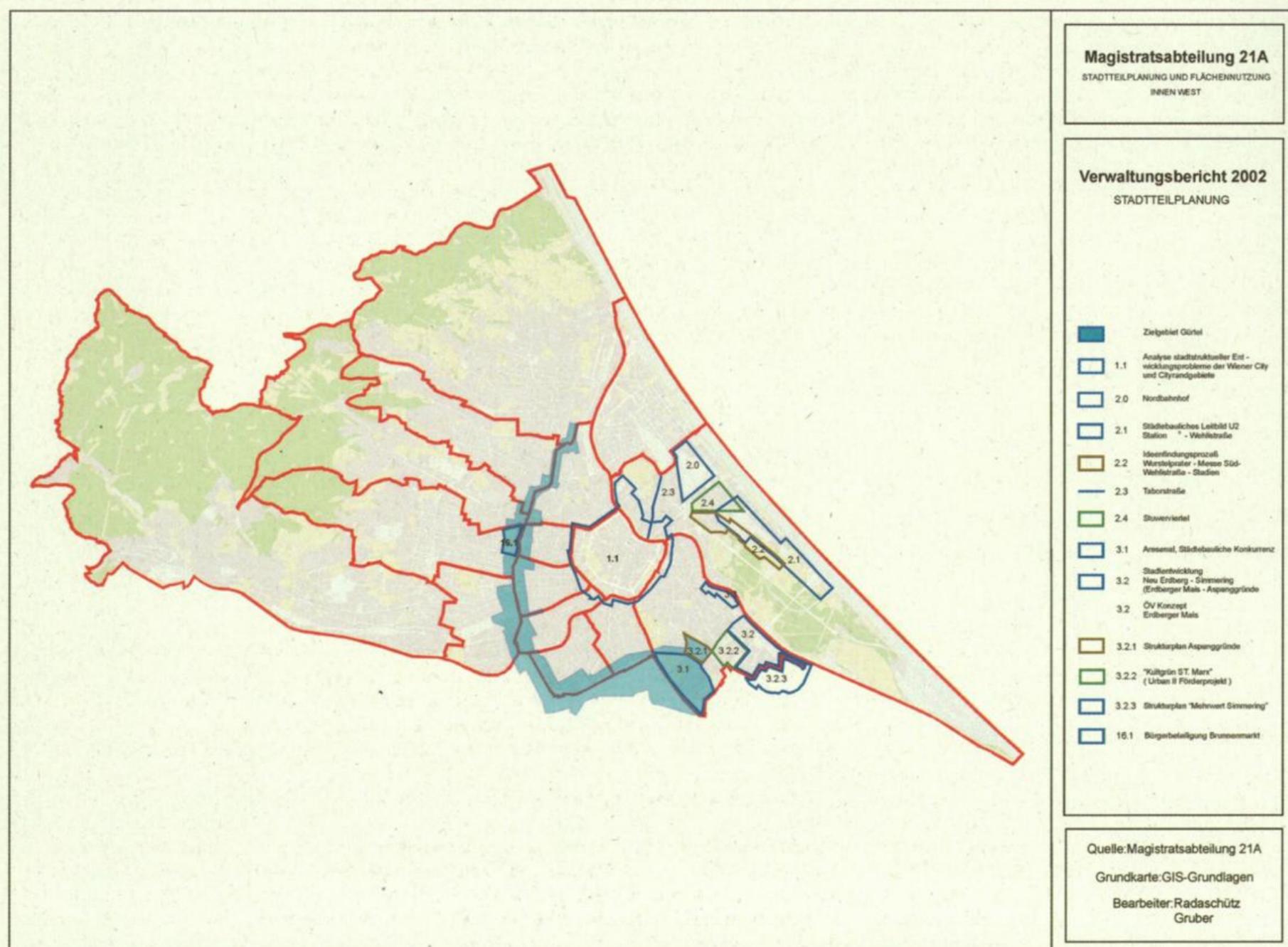
Mit Verhängung der Bausperre soll hintangehalten werden, dass die Planungsarbeiten der Stadt Wien im Zuge der Ausarbeitung eines Flächenwidmungs- und Bebauungsplans durch unerwünschte Bauführungen in der ausgewiesenen Schutzzone von Grinzing unterlaufen werden.

### Sicherung und Nutzbarmachung von Grün

Gerade im dicht bebauten Gebiet von Wien ist die Sicherung von Parkanlagen (Augarten im 2. Bezirk), die Erweiterung (7. Bezirk) und die Sicherung eines Grünzuges im 20. Bezirk eine wichtige Zielsetzung. Im 14. Bezirk wurde durch eine Widmungsfestlegung für Kleingartengebiete das ganzjährige Wohnen ermöglicht.

### Gesamtstädtische Bedeutung

Widmungsmäßige Voraussetzungen wurden für



die Wiener Messe im 2. Bezirk, für die Münze Österreich im 3. Bezirk und für die Erweiterung der Technischen Universität im 4. Bezirk vorgeschlagen. Für das Stadtentwicklungsgebiet Heigerleinstraße im 16. Bezirk wurde aufbauend auf ein Bezirksteilkonzept die Möglichkeit für die Realisierung eines Pflegeheimes geschaffen.

#### Heterogene Nutzungsansprüche

Die Berücksichtigung eines Fachmarktzentrums, einer Tiefgarage und Vorsorge für eine Überbauung der Remise im 20. Bezirk war ebenso wie die Abstimmung von unterschiedlichen Nutzungen im 15. Bezirk Schwerpunkt der Festsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans. Zur Erhaltung und Förderung gemischt gewerblicher Nutzungen und zur Absicherung von zeitgemäßen Entwicklungen wurde im 5. Bezirk in Abstimmung mit der Wohnbebauung die widmungsmäßige Vorsorge für einen Gewerbehof getroffen.

#### Planung für eine behindertengerechte Stadt

##### Grünordnungsplan Neu Erdberg – Simmering

Für den Bereich des Stadtentwicklungsareals Neu Erdberg – Simmering wurde ein Grünordnungsplan erarbeitet, der die schrittweise Umsetzung von Ausgestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum („Gestaltungssatzungen“) unter besonderer Berücksichtigung der Aufhebung vorhandener städtebaulicher Barrieren sowie des „Gender Mainstreaming“ berücksichtigt. Dieser Plan bildet die fachliche Grundlage für das Urban II – Förderprojekt „Kultgrün“ der EU im Teilentwicklungsgebiet St. Marx.

#### Ehemalige Krankenanstalten

##### 3., Mauthner Markhof'sches Kinderspital

Die Rahmenbedingungen für diesen Entwicklungsbereich wurden im Vorfeld durch eine städtebauliche Studie erarbeitet. Die Widmung zur Nachnutzung erfolgte im Jahr 2002 für ein aus einem Bauträgerkonkurrenzverfahren hervorgegangenes Projekt.

##### 9., Altes Allgemeines Krankenhaus

Als Anwalt kommunaler Gesamtinteressen wurde die widmungsmäßige Absicherung zur Adaption und zum Ausbau von universitären Einrichtungen und zur Errichtung eines Studentenheimes vorgeschlagen. Die Verbesserung der Wohnumfeldqualität konnte durch die Nutzbarmachung von Grün- und Freiflächen und die Absicherung eines Fußwegenetzes sichergestellt werden.

#### Geschäftsstraßen

##### Rahmenplan Taborstraße

Durch die Verlängerung der U2 bieten sich für die Geschäftsstraße Taborstraße Chancen für eine Neuorientierung und Neugestaltung. Um die Spielräume auszuloten, wurde gemeinsam mit der im

Rahmen der Bezirksvertretung Leopoldstadt tätigen „Arbeitsgruppe Taborstraße“ ein Verfahren zur Erlangung eines Rahmenplans installiert. Nach der Untersuchung, fachlichen Bewertung und allgemeinen Darstellung des generellen stadtstrukturellen Entwicklungspotentials der Geschäftsstraße Taborstraße wurde für diese ein Entwicklungskonzept erarbeitet.

##### Mariahilfer Straße

Zur Stärkung der innerstädtischen Geschäftsstraßen und zur Vereinfachung des Verfahrensablaufs wurden Teile der Mariahilfer Straße unter Anwendung eines Stellplatzregulativs als „Geschäftsstraße“ widmungsmäßig ausgewiesen. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Vorschlag für die Novellierung der rechtlichen Geschäftsstraßen-Bestimmungen ausgearbeitet, der in einem Landtagsbeschluss mündete.

#### Städtebauliche Studien und Standortbewertungen

##### Entwicklungschancen der Wiener City

Die Wiener Innenstadt entspricht weitgehend dem Bild eines geschlossenen Systems. Anpassungen der funktionalen und baulichen Strukturen an den Markt bzw. an geänderte Nachfragemuster unterliegen einer Reihe restriktiver Rahmenbedingungen. Es wurden in einer Studie zunächst die baulichen Nutzungsveränderungen, sowie die Entwicklung der Wohn- und Arbeitsbevölkerung in den letzten fünf Jahren statistisch erhoben. Mittels Befragungen wurden die kurz- bis mittelfristigen Nutzungsabsichten repräsentativer Nutzer ermittelt. Darauf wurden qualitative Szenarien geänderter Rahmenbedingungen erarbeitet und die daraus abzuschätzenden Veränderungen im Rahmen eines Workshops beurteilt. Die Abschätzung der Interventionsmöglichkeiten und Empfehlungen über die weitere Vorgangsweise rundeten die Studie ab.

##### Mehr Licht ins Stuwerviertel

Für das Stuwerviertel, einem Stadtteil in der Leopoldstadt, wurde eine städtebauliche Studie zum Thema Licht und Sicherheit im öffentlichen Raum erstellt. Aufbauend auf die durchgeführten Erhebungen von Sicherheitsdefiziten und typischen Beleuchtungssituationen im Viertel wurden Vorschläge im Sinne von nachhaltiger Entwicklung und Sicherung von Lebensqualität erarbeitet. Ein verbessertes Lichtkonzept zur Optimierung der Beleuchtung sowie eine Neuorganisation des Straßenraumes könnte in einem nächsten Schritt als Pilotprojekt umgesetzt werden. Eine Förderung mit EU-Geldern wird angestrebt.

##### Rettungsstation Mariahilf

Die Standorteignung für eine Rettungsstation wurde durch die Überprüfung der stadträumlichen Bezüge, der Verkehrseinbindung in das übergeordnete Straßennetz, der Konzeption des Raumprogramms, im Besonderen für den Bereich

# Stadtentwicklung und Verkehr

der Garagen und der Möglichkeiten von ergänzenden Gebäudevolumina überprüft.

## Kommunikation mit der Bevölkerung

### 9., moderierte Gespräche – Bereich Sensengasse

Im 9. Bezirk fanden im Zuge des Verfahrens zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für den Bereich eines Sportplatzes (mit den Bürgergruppen: Agenda-Gruppe Sensengasse, Plattform Sensengasse und Agenda Büro 9. Bezirk) moderierte Gespräche statt, um Konflikte zu bewältigen. Die Lösung wurde in Form eines gemeinsamen Schlusspapiers erarbeitet, welche auch in den Entwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan einfließen wird.

### 16., Brunnenviertel

Der Bereich Brunnenmarkt im hochgründerzeitlichen Gebiet Ottakrings ist durch seine große Nutzungsvielfalt und verschiedenste Bevölkerungsgruppen geprägt. Es besteht hier eine der authentischsten Nahversorgungseinrichtungen im Westen Wiens und einer der längsten Straßenmärkte Europas. In den letzten Jahren ergab sich beim Brunnenmarkt ein Strukturwandel. Bei hoher Kundenfrequenz gingen die Besucherzahlen zurück, die angrenzenden Erdgeschosszonen stehen größtenteils leer, werden als Lager genutzt oder mit marktfremden Branchen besetzt (Wettbüros).

Um einen Aufwertungsprozess zu induzieren wurden mittels eines moderierten Bürgerinformations- und Beteiligungsprozesses die unterschiedlichen Interessen und Ansprüche an diesen Stadtteil insbesondere im Hinblick auf die Marktsituation (Gestaltung und Funktion), die Verkehrsproblematik, die städtebaulichen Zielsetzungen und die Anrainerbedürfnisse erarbeitet.

In einem auf ein Jahr terminisierten, kommunikativen Verfahren soll zwischen Vertretern der Bürger, Gewerbetreibenden, Vertretern des Marktes, der Bezirkspolitik, der Gebietsbetreuung und den Fachbeamten der Stadt ein Nutzungs- und Gestaltungskonzept inklusive Bezirksteilverkehrskonzept erarbeitet, bewertet und für die anzustrebende Umsetzung vorbereitet werden.

## Zukunftsorientierte Struktur und Ausstattung der Abteilung

Das von der MA 21A ausgearbeitete Konzept für die Neustrukturierung des Dezernats Reprographie wurde genehmigt und erste Schritte zur Realisierung gesetzt.

## Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd-Nordost (MA 21B)

### Strukturelle Neuerungen (veränderte Geschäftseinteilung)

Auf der Grundlage der in den Jahren 1997 und 1998 durchgeführten Überprüfungen der Strukturen und Arbeitsabläufe in den Planungsdienststel-

len durch die Firma Coopers & Lybrand und eines umfassenden Diskussionsprozesses unter Federführung der MD-BD Gruppe Planung wurden für den Aufgabenbereich der Magistratsabteilungen 21A, 21B und 21C einschneidende strukturelle und organisatorische Maßnahmen entwickelt. Mit 1. Jänner 2002 wurden die drei Abteilungen zu zwei zusammengeführt, wobei aus dem Tätigkeitsfeld der ehemaligen MA 21B die operativen Planungsaufgaben (Zuständigkeit für die Bezirke 10 bis 13 und 21 bis 23) der MA 21C (neuen MA 21B) und zentrale organisatorische Aufgaben wie die Führung der Geschäftsstelle des Fachbeirats für Stadtplanung und Stadtgestaltung, die Archivierung der beschlossenen Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, die Leitung der zentralen Planungsauskunft, die Verwaltung von Statistikdaten im räumlichen Bezugssystem Wien (RBW) sowie die Führung einer Reprografiestelle der MA 21A zugeordnet wurden.

In beiden verbleibenden Abteilungen wurden Referate für die Wahrnehmung koordinativer Servicefunktionen eingerichtet, wobei der Schwerpunkt der MA 21A im Bereich des Verfahrensmanagements, jener der MA 21B im Bereich planungsrechtliche Koordination und EDV liegt.

## Arbeitsschwerpunkte

Auf Grund der Ergebnisse von Überprüfungen mehrerer Verfahren zur Festsetzung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne durch das Kontrollamt der Stadt Wien sowie von Rechtsgutachten zur Problematik von Entwurfsänderungen in den einzelnen Verfahrensschritten, insbesondere nach der Auflegung zur öffentlichen Einsichtnahme (Prof. Korinek) wurde eine umfassende Diskussion über Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Verfahrensschritte und der Entscheidungsgrundlagen erforderlich. Als Ergebnis dieser Diskussionen erfolgte eine Präzisierung der Vorschriften für das in der Bauordnung für Wien rechtlich geregelte Verfahren durch Erlass des Magistratsdirektors sowie eine Modifikation und umfassende Regelung des magistratsinternen Verfahrens.

Durch die zusätzliche magistratsinterne Abstimmung eines Entwurfskonzepts sollen unter weitgehender Vermeidung externer Einflüsse im Vorfeld des durch die Wiener Bauordnung geregelten Verfahrens fachlich so weit ausgereifte Entwürfe entstehen, dass gravierende Entwurfsänderungen in der Folge nicht mehr erforderlich sind, und letztendlich eine Beschleunigung der Verfahren erzielt wird.

Der sachliche Schwerpunkt der Ausarbeitung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen wird nach wie vor von der im Jahr 1995 durch die Aufhebung des § 1 der Bauordnung für Wien durch den Verfassungsgerichtshof entstandenen Rechtsituation (Wiederherstellung der langfristigen Rechtskraft der Flächenwidmungspläne und Bebauungspläne für Wien bis 2006) maßgeblich bestimmt. Durch andere, sich laufend verändernde planungsrechtliche Rahmenbedingungen (Groß-

bauvorhaben, Einkaufszentren, Umsetzung der EG-Seveso II Richtlinie betreffend gefahreneigter Betriebe, Übertragung der Bundesstraßen in die Länderkompetenz, SUP – Strategische Umweltprüfung etc.) entstehen zusätzliche, bei den Bearbeitungen mit abzudeckende Handlungserfordernisse.

#### Planungen in den Bezirken

##### 10. Bezirk

Für die Grundflächen der PORR-AG im Bereich **Laaer-Berg-Straße/Absberggasse** wurde die rechtliche Grundlage für die Errichtung eines neuen Stadtteils mit Wohnungen, Büroarbeitsplätzen, Einkaufszentrum, Schule und zugeordneten Grünflächen geschaffen, wobei die Überplattung der Südosttangente und die Anordnung von Hochhäusern das Gebiet prägen.

Für die Grundflächen der ehemaligen Sendeanlage **Radio Austria** wurde ein städtebauliches **Gutachter/innenverfahren** durchgeführt, um Bebauungsstudien für eine Neunutzung dieses Areals zu erhalten. Im Übergangsbereich vom bebauten Stadtgebiet zu den großräumigen Erholungsgebieten des südlichen Stadtrandes sollen Wohnbauten entstehen, die dem Konzept der „**Neuen Siedlerbewegung**“ entsprechen.

Für die Realisierung des **Bahnhofs Wien** ist gemeinsam mit der MD-BD und den Österreichischen Bundesbahnen ein „Letter of Intent“ erarbeitet worden, der die künftigen Planungen und Umsetzungen sowohl des beabsichtigten Durchgangsbahnhofs als auch eines neuen Stadtteils vorbereitet.

##### 11. Bezirk

Im Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan für den Bereich **Krausegasse** wurde besonders auf die Struktur des ursprünglichen Ortskerns durch entsprechende kleinteilige Festsetzungen Bedacht genommen. Die Inhalte der Planentwürfe **Sellingergasse** und **Rappachgasse** orientieren sich in erster Linie am Bestand, wobei in Teilbereichen auch Vorsorge für künftige bauliche Nutzungen getroffen wurde. Betriebliche Nutzungen und Einrichtungen der Ver- und Entsorgung von gesamtstädtischer Bedeutung wurden durch entsprechende Ausweisungen im Planentwurf **Margetinstraße** berücksichtigt.

Alternative Nutzungsmöglichkeiten für den **Simmeringer Markt** wurden in Form von Bebauungsstudien aufgezeigt, wobei in Abstimmung mit den beteiligten Dienststellen eines der entwickelten Szenarien für die Umsetzung empfohlen wurde.

##### 12. Bezirk

Das Ergebnis des Gutachter/innenverfahrens für die Fiatgründe wurde in einem **kooperativen Planungsverfahren** weiterentwickelt und damit die Basis für das Widmungsverfahren geschaffen. Für den Bereich der ehemaligen **Kabel- und Draht-**

**werke AG** in der Oswaldgasse wurde nach Beschlussfassung des Bebauungsplans im Gemeinderat ein **Gebietsmanagement** installiert, in dem ein Vertreter der MA 21B ständiges Mitglied ist. Die Konzeption des Entwicklungsvorhabens KDAG stößt in internationalen Fachkreisen auf großes Interesse und wurde im Rahmen von Veranstaltungen in China (Dalian, Tianjin) sowie in den Niederlanden vorgestellt.

Die Verfahren zur Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für die Bereiche Am Tivoli, Bischoffgasse und KDAG wurden abgeschlossen. Für den **Meidlinger Markt** wurde auf Ersuchen der Bezirksvorstehung ein Gestaltungs- und Sanierungsvorschlag unter Einbeziehung des Umfeldes in mehreren Varianten erarbeitet.

##### 13. Bezirk

Im Rahmen der zweiten Stufe des mehrstufigen **Wettbewerbs** für die Randzonen **Schönbrunn** wurde für das Schönbrunner Vorfeld ein Projekt erarbeitet, das die Grundlage für den nun auszuarbeitenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplan darstellt.

Die Verfahren zur Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für die Bereiche Lockerwiese und Sillerplatz wurden abgeschlossen. Für die Errichtung von zwei **Volksgaragen** (Ober St. Veit, Auhofstraße) wurden Vorbereitungsgespräche und Vorarbeiten durchgeführt. Zur Bestandsicherung des Naherholungsraumes des **Lainzer Vorfeldes** fanden intensive Vorbereitungsarbeiten für Planentwürfe statt.

##### 23. Bezirk

Die Planungen für die städtebauliche Entwicklung auf dem Areal der ehemaligen **Liesinger Brauerei** (Schaffung einer urbanen Zone und attraktiver Wohnungen unter Wahrung der naturräumlichen Qualitäten) wurden auf Basis des Gutachter/innenverfahrens zu einem städtebaulichen Leitbild, das Grundlage für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sein soll, weiterentwickelt. Auf der Grundlage des nach dem Gutachter/innenverfahren entwickelten städtebaulichen Leitbilds soll auf dem Gebiet der **Hämmerle Gründe** eine Wohnbebauung mit ca. 300 Einheiten entstehen.

Für den Wettbewerb **EUROPAN 7**, in dessen Rahmen für den Bereich Perfektastraße Ost Vorschläge für eine standortgemäße Nutzungsalternative zur festgesetzten Wohnbebauung erarbeitet werden sollen, wurden Vorarbeiten durchgeführt. Die Verfahren zur Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für die Bereiche Haböckgasse und Geßlgasse (südlich Maurer Hauptplatz) wurden abgeschlossen.

##### 21. Bezirk

Zur Berücksichtigung betrieblicher Umstrukturierungen im Bereich des ehemaligen **ELIN-Geländes** wurden die für Entwicklungen im Handelsbereich festgesetzten baurechtlichen Bestimmungen

# Stadtentwicklung und Verkehr

modifiziert. Für die **ÖBB-Kleingartenanlage Koloniestraße** konnten die Voraussetzungen zur rechtlichen Sanierung des Baubestands geschaffen werden. Die Bearbeitung der großflächigen, teilweise sensiblen **Landschaftsräume in Floridsdorf** wurden mit einer ersten Bearbeitungsstufe an der Senderstraße (Bisamberg) für ein Teilgebiet in Angriff genommen.

Die **Bebauungsstudie „Draugasse – In den Winkeln – Grenzweg“**, die Aussagen über Siedlungsflächen im Zusammenhang mit der „Neuen Siedlerbewegung“ liefert, wurde fertig gestellt. Die **Verfahren** zur Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für die Siedlungsgebiete **Brünner Straße Nord, Carminweg und Adolf-Loos-Gasse** konnten **abgeschlossen** werden.

## 22. Bezirk

Das Ergebnis des im Vorjahr erarbeiteten städtebaulichen Leitprojekts zum Umfeld der künftigen **U2-Station Stadlau** wurde unter Bedachtnahme auf Rahmenbedingungen, die sich im Zuge der Planungen zur U2-Verlängerung verändert haben, weiterentwickelt. In Vorbereitung auf den für 2003 geplanten städtebaulichen **Wettbewerb Zentrum Kagran** für den Bereich der ehemaligen U-Bahn-Trassenfreihaltung wurde eine Baumassenstudie ergänzt und eine Verkehrsuntersuchung, die im Laufe des Jahres 2003 abgeschlossen werden soll, beauftragt. Für den Umgebungsbereich der künftigen **U2-Station Hardeggasse** wurde eine städtebauliche Entwicklungsstudie erarbeitet.

Im Bereich des **ehemaligen LGV-Geländes** entlang der künftigen U1-Verlängerung nördlich des Kagraner Platzes wurde in Kooperation mit den Wiener Linien eine Machbarkeitsstudie erstellt, um den Rahmen für die künftige bauliche Entwicklung dieses Geländes abzustecken. Für den neuen Stadtteil **Donau-City** wurde in Zusammenarbeit mit der WED ein städtebauliches Gutachter/innenverfahren durchgeführt, das die Grundlage für die Ausweisung von Bebauungsmöglichkeiten der derzeit noch unbebauten Flächen darstellt. Die vom Gemeinderat **beschlossenen Planentwürfe** in der Donaustadt umfassten die Bereiche **Dr.-Otto-Neurath-Gasse, Donauzentrum, Ölhafen Lobau, Dassanowskyweg, Gebiete im Bereich des Mühlwassers (Binsenweg, Steinspornweg), Schanze 27 in Aspern, Freihofsiedlung** und im Zusammenhang mit der U2-Verlängerung den Bereich **Tamariskengasse**.

## Sonstige fachliche Aktivitäten bzw. Vorhaben

Für den im Namen und unter Schirmherrschaft des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IVWSR) im Herbst 2003 in Wien stattfindenden internationalen **Weltkongress** mit dem Generalthema „**Cities and Markets**“ wurden die erforderlichen organisatorischen Vorbereitungen getroffen, das inhaltliche Programm, die Kongressdramaturgie sowie die Referent/innen festgelegt, und mit dem Promoting sowie mit der Akquisition von Sponsoren begonnen. Im Rahmen des Kongresses 2002 in

Tianjin (China) wurde von Stadtrat Schicker und Planungsdirektor Klotz das Wiener Programm vorgestellt, ein Imagefilm über Wien im Themenbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung präsentiert sowie an die Teilnehmer/innen verteilt und nicht zuletzt der Lizenzvertrag mit dem IVWSR unterzeichnet.

Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem IVWSR wurde in Wien ein Treffen der **Arbeitsgruppe MILU** (Multifunctional and Intensive Land Use) veranstaltet. Über die Ergebnisse dieses Treffens wurde auch anlässlich des Kongresses in Tianjin berichtet.

## EDV und Kommunikation

Zu Beginn des Jahres lag der Schwerpunkt der EDV-Aktivitäten im administrativtechnischen Bereich, da im Zusammenhang mit der Umstrukturierung nachhaltige Adaptierungen erforderlich waren (z. B. Userverwaltung, HW-/SW-Installation). Mit Jahresbeginn wurde auch SAP als Zeitaufzeichnungssystem in der Abteilung implementiert. Durch die Weiterentwicklung von EDV-Werkzeugen in Zusammenarbeit mit der MA 14 wurde die Basis für eine Verknüpfung von Plan und Antragstext in einem **grafischen Informationssystem** geschaffen.

Im Rahmen von „**eVienna**“, dem Wiener Schirmprojekt zu **eGovernment**, wurde im Auftrag der MD-BD Gruppe Planung ein zusätzlicher Internetdienst in Form eines Pilotversuchs angeboten. Unter dem Titel „**Planeinsicht online**“ wurde im Rahmen der Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung ein elektronisches Service angeboten, das neben der traditionellen Form der Planeinsicht angeboten wird. So bestand erstmalig die Gelegenheit, für die Dauer der öffentlichen Auflage von zwei Flächenwidmungs- und Bebauungsplanentwürfen auch auf elektronischem Weg Planeinsicht zu nehmen und über ein Online-Formular direkt eine Stellungnahme dazu abzugeben.

## Statistischer Jahresüberblick

Vom Wiener Gemeinderat wurden im Berichtsjahr für das nordöstliche Stadtgebiet 29 Plandokumente beschlossen. Zusätzlich wurden vier zeitlich begrenzte Bausperren gemäß § 8 Abs. 2 der Bauordnung für Wien verhängt. Bei den erstgenannten Planentwürfen handelte es sich um Aufhebungen und Neufestsetzungen, die in der Regel umfangreicher Vorarbeiten (Grundlagenschaffung, Bestandsaufnahmen, städtebauliche Analysen, Zielermittlungen und dergleichen) bedurften. Die damit abgedeckte Gebietsfläche umfasst ca. 800 Hektar, somit ca. 2,9 Prozent der Fläche der Wiener Gemeindebezirke 10 bis 13 und 21 bis 23. Mit Ausrichtung auf das „Zehnjahresprogramm“, der Frist für die Überarbeitung der übergeleiteten Plandokumente, befanden sich weitere 64 Vorentwürfe in Bearbeitung (Planverfahren eingeleitet bzw. im Lauf) und 79 Gebiete in Vorbereitung.

Der Abteilung wurden 920 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde zur Behandlung übermittelt. Auf Grund-

lage des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes wurden 320 Anfragen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan geprüft. 63 Widmungsansuchen wurden in den Widmungsgesprächen behandelt.

Insgesamt betrug die gerundete Gesamtsumme der finanziellen Aufwendungen für alle Planungsaktivitäten EUR 0,76 Mio. Differenziert nach Verwendungsbereichen ergaben sich für Gutachter/innenverfahren und Stadtteilplanung 160.000 EUR, für Sachkonzepte wie etwa Grünraum und Verkehr 90.000 EUR, für Bestandsaufnahmen bzw. Bestandsanalysen für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 250.000 EUR, für Sonderaufgaben/EDV wurden 200.000 EUR und für Nebenkosten (Kopien, Modelle) wurden 60.000 EUR verwendet.

### **Straßenverwaltung und Straßenbau (MA 28)**

Die Abteilung verwaltete und erhielt im Jahr 2002 2.732 km öffentliche Straßen, von denen 220 km Hauptstraßen B, 2.512 km Gemeindestraßen, 44 km Autobahnen und 4 km Schnellstraßen waren. Für Versorgungs- und Entsorgungsleitungen wurden an Einbautendienststellen bzw. Einbautenträger und an private Bauwerber zusammen 10.025 Bewilligungen für Aufgrabungen gemäß der Kundmachung des Wiener Magistrats erteilt.

#### **Gemeindestraßen**

##### **Hauptstraßen**

In den Hauptstraßen der Gemeinde Wien wurden verschiedene größere Einzelvorhaben von Straßenbauten durchgeführt:

- 1., 3., 4., Bezirk: Schwarzenbergplatz
- 3. Bezirk: Ghegastraße von Arsenalstraße bis Landstraßer Gürtel
- 8. Bezirk: Albertgasse von Florianigasse bis Laudongasse
- 10. Bezirk: Troststraße von Ettenreichgasse bis Favoritenstraße
- 14. Bezirk: Linzer Straße von Bergmillergasse bis ONr. 438 und Stauraum in der Bergmillergasse
- 22. Bezirk: Breitenleer Straße von Süßenbrunner Straße bis Ziegelhofstraße

Außer den Neu- und Umbauarbeiten der Einzelvorhaben auf Hauptstraßen sind nur noch einige Herstellungsarbeiten an Hauptstraßen angeführt. Dabei gelangten vor allem örtliche Belagsarbeiten, Errichtungen von Verkehrsinseln, Fahrbahn- und Gehsteigregenerierungen sowie diverse Umbauten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Komforterrhöhung für Bereiche öffentlicher Verkehrsmittel (hauptsächlich Haltestellenkaps) zur Ausführung.

##### **Nebenstraßen**

Im Rahmen der Herstellung von Nebenstraßen wurden in Teilabschnitten nachstehender, auszugsweise angeführter Straßen Neu- und Umbauten bzw. diverse Belagsarbeiten (Instandsetzun-

gen, Regenerierungen auf Grund von Zeitschäden sowie zu erwartende Frostschäden u. a.) oder auch sonstige verschiedene Straßenumbauarbeiten, wie z. B. Fahrbahnverbreiterungen bzw. Gehsteigverschmälerungen oder Parkstreifenherstellungen etc., durchgeführt:

- 1. Bezirk: Opernring ONr. 2
- 2. Bezirk: Gärtnerstraße
- 4. Bezirk: Schönburgstraße von Wiedner Hauptstraße bis Rainergasse
- 6. Bezirk: Laimgrubengasse von ONr. 12 bis Gumpendorfer Straße
- 8. Bezirk: Strozsigasse von Lerchenfelder Straße bis ONr. 28
- 11. Bezirk: Zinnergasse von Kaiserebersdorferstraße bis Freudenaue Hafnbrücke
- 14. Bezirk: Ulmenstraße von ONr. 55 bis Seglerweg
- 16. Bezirk: Seeböckgasse von Wattgasse bis Wurlitzergasse
- 20. Bezirk: Ospelgasse von Mortaraplatz bis Innstraße
- 23. Bezirk: Schlossgartenstraße von Blumentalgasse bis Rielgasse

Die Neuherstellung von **Radwegen** bzw. die Ausgestaltung von vorhandenen Straßenflächen zu Radfahrmöglichkeiten (Umbauarbeiten an Gehsteigen und Abstellflächen mit erforderlichen Randsteinabsenkungen und Randsteinneulegungen, Errichtung von Pollern zur Radwegsicherung, Um- bzw. Neubau von Straßenentwässerungsanlagen u. a.) wurde auch im Jahr 2002 in folgenden Straßen fortgeführt:

- 5. Bezirk: Rechte Wienzeile von Sonnenhofgasse bis Spengergasse
- 13. Bezirk: Eduard-Klein-Gasse
- 16. Bezirk: Maroltingergasse von Josef-Weinheber-Platz bis ONr. 46
- 21. Bezirk: Ruthnergasse

Auch Bauvorhaben zur Herstellung von **Fußgängerzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen** wurden im Jahr 2002 fortgesetzt bzw. begonnen, so u. a. in Teilbereichen folgender Straßenzüge bzw. Plätze:

- 1. Bezirk: Wallnerstraße von Fahnengasse bis Kohlmarkt
- 11. Bezirk: Dopplergasse von Pachmayergasse bis Molitorgasse

Zur Verbesserung der **Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten** wurden auszugsweise in nachstehend aufgezählten Straßenteilabschnitten entsprechende straßenbauliche Maßnahmen an Gehsteigen und Fahrbahnen (wie z. B. die Herstellung von Verkehrsinseln und Fahrbahnteilern, Fahrbahnaufpflasterungen inklusive Polleraufstellungen etc.) gesetzt:

- 4. Bezirk: Argentinierstraße/Schelleingasse
- 6. Bezirk: Gumpendorfer Straße/Wallgasse
- 12. Bezirk: Niederhofstraße/Rosaliagasse
- 15. Bezirk: Kreuzungsplateau Turnergasse/Dingelstedtgasse
- 20. Bezirk: Lorenz-Müller-Gasse /Plateau Spielmannsgasse
- 22. Bezirk: Biberhaufenweg (im Bereich ONr. 15-17)

# Stadtentwicklung und Verkehr

Bei Arbeiten im Zuge des **Behindertenprogramms** wurden auch im Jahr 2002 in erster Linie „behindertengerechte“ Gehsteigabsenkungen bei verkehrsreichen, stark von Fußgehern frequentierten Kreuzungsbereichen errichtet, um unter anderem das Befahren mit Rollstühlen zu erleichtern.

Im Zuge der **laufenden Instandhaltungsarbeiten** wurden auch im Jahr 2002 in beinahe allen Bezirken kleinere Straßenbauarbeiten, wie Umbauten und Erneuerungen von Gehsteigen und Fahrbahnen sowie Ausbesserungsarbeiten durchgeführt.

Auch im Jahr 2002 kamen wieder **Straßenbauten kleineren Umfangs für andere Dienststellen** in einigen Bezirken zur Durchführung und zwar vorwiegend für die Wiener Linien sowie Umbauten zum Zweck des Beschleunigungsprogramms bzw. Bevorrangungsprogramms für Straßenbahn und Bus (Errichtung von Busspuren bzw. Busbuchten, Gehsteigverbreiterungen u. a.). Für die MA 49 waren Erhaltungsarbeiten am Straßen- und Wegenetz des Lainzer Tiergartens erforderlich.

## Hauptstraßen

### Hauptstraßen A (Autobahnen)

Im Berichtsjahr 2002 wurden folgende wichtige Baumaßnahmen begonnen:

- A 2 – Südautobahn, Abschnitt km 0,4 bis km 0,9: Belagsanierung im Bereich der Brücke über die Triester Straße in beiden Fahrtrichtungen.
- A 4 – Ostautobahn, Ausfahrt Simmeringer Haide, Richtungsfahrbahn Schwechat: Fahrbahnanierung der Abfahrt in die Jedletzbergerstraße im Bereich der Autobahnraststation Simmeringer Haide, Richtungsfahrbahn Schwechat.
- A 22 – Donauufer Autobahn, Abschnitte km 0,3 bis km 1,6 und km 6,3 bis km 7,2: Errichtung von Sichtschutzlamellen im Mittelstreifen im Abschnitt Knoten Kaisermühlen bis Tunnel Kaisermühlen und im Bereich unter der Nordbrücke.

### Hauptstraßen B

Der Neubau bzw. Umbau der B 14b – Klosterneuburger Straße, im Abschnitt 11., Alberner Hafenzufahrtsstraße von Zinnergasse bis Alberner Hafen wurde fortgesetzt.

Nachstehende Baumaßnahmen wurden im Berichtsjahr begonnen:

- 10. Bezirk: Umbau der Bitterlichstraße von Laaer-Berg-Straße bis Bitterlichbrücke. Der Umbau erfolgt in drei Abschnitten, wovon der erste Abschnitt von der Laaer-Berg-Straße bis zur Sindelargasse im Jahr 2002 fertig gestellt wurde.
- 12. Bezirk: Umbau der Altmannsdorfer Straße von der Sagedergasse (Zu- und Abfahrt Tangente) bis zur Südbahnbrücke sowie der Sagedergasse von der Breitenfurter Straße bis zur Altmannsdorfer Straße.

Erhaltungsarbeiten wurden durchgeführt:

- B 224 – 12., Grünbergstraße von Zenogasse bis 15., Rechte Wienzeile Richtungsfahrbahn stadteinwärts: Erneuerung des Fahrbahnbelags

inklusive 8 cm Bitumentragschichte in den Stauräumen.

**Stauraum- und Belagsanierungen** in Form von Konstruktionsverstärkungen und Verbesserungen erfolgten in folgenden Bereichen:

- B 1 – 6., Linke Wienzeile vor der Reinprechtsdorfer Straße bei der Nevillebrücke
- B 3 – 22., Aspernstraße und Siegesplatz
- B 221 – 3., Landstraßer Gürtel – Kreuzung Adolf-Blamauer-Gasse
- B 223 – 16., Flötzersteig – Stauraum vor Maroltingergasse
- B 223 – 16., Wernhardtstraße – Stauraum vor Huttengasse
- B 225 – 11., Margetinstraße – Stauraum vor Zinnergasse

Arbeiten für die Wiener Linien

- 1. Bezirk: Wiederherstellung der Fahrbahn und der Gehsteige im Bereich Karlsplatz von Akademiestraße bis Lothringerstraße und Lothringerstraße von Karlsplatz bis Schwarzenbergplatz.

Baustellen der ÖBB im Zuge des Ausbaus der S 7 Flughafenschnellbahn Wien – Schwechat

- 3., Landstraßer Hauptstraße von Leberstraße bis Rennweg, bzw. Zugänge Ziakplatz
- 11., Schemmerlstraße von Swatoschgasse bis 400 m nach Hasenleitengasse
- 11., Unterführung Weichseltalweg: Weichseltalweg von Schemmerlstraße bis Am Kanal, Am Kanal von Weißenböckstraße bis Weichseltalweg und Schemmerlstraße von Gadnergasse bis nach Speditionsstraße.

## Brückbau und Grundbau (MA 29)

Im Berichtsjahr wurden in der MA 29 im Rahmen der Verfolgung des „New Public Managements“ nachfolgende Schwerpunkte gesetzt:

### Kontraktmanagement

Die MA 29 stellte bei der Kontrakterstellung im Jahr 2002 auf das nunmehr seitens der MD-BC geforderte System „Kontrakt neu“ um. Dieses System besteht aus Leistungskontrakt, Basisdarstellung und Excel-Mappe Kennzahlen. Für 2002 war neben der völligen Umgestaltung der Produkte, Leistungen, Vorhaben, Indikatoren und Kennzahlen insbesondere die Erstellung der Excel-Mappe Kennzahlen auf Grund des komplexen Budgets der MA 29 der schwierigste Teil, der viel Zeitaufwand erforderte.

### Qualitätsmanagement nach ISO 9001

Die MA 29 besitzt seit 1999 ein gemäß ISO 9001 strukturiertes Qualitätsmanagementsystem. Im Jahr 2002 wurde das QM-System in eine prozessorientierte ISO 9001:2000-gerechte Form gebracht. Die erfolgreiche Weiterentwicklung des Qualitätsmanagementsystems wurde mit dem Bestehen des

Erneuerungsaudits bei der ÖQS-Zertifizierungs- und BegutachtungsgmbH dokumentiert.

### Bundesstraßenreform – Verlängerung

Anfang 2002 wurde im Rahmen der Verwaltungsvereinfachung des Bundes mit Wirksamkeit 1. April 2003 eine Verlängerung des Bundesstraßennetzes durchgeführt. Der überwiegende Teil der bis dahin als Bundesstraßen B gesetzlich verankerten hochrangigen Straßen wurde den Bundesländern übertragen. Im Wiener Straßennetz sind davon 23 Bundesstraßen betroffen, im Zuge derer sich rund 250 Ingenieurbauwerke (Brücken, Stege etc.) in Verwaltung der MA 29 befinden. Darüber hinaus wurde ein Teilbereich der ehemaligen B 227 von Knoten Nussdorf bis Brünner Straße als zusätzlicher Teil der A 22 an die ASFINAG übertragen.

Die MA 29 führt weiterhin sämtliche Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie Bauarbeiten größeren Umfanges im Bereich der genannten Straßen durch. Die Finanzierung erfolgt für die Hauptstraßen B (ehemals Bundesstraßen B) im Rahmen des Zweckmittelzuschussgesetzes pauschaliert, bei den zusätzlichen Strecken der ASFINAG erfolgt eine Bedeckung im Bauprogramm der ASFINAG. Abteilungsintern ist auf Grund der geänderten Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten sowie der damit verbundenen Finanzstruktur für 2003 eine Änderung der Abteilungsstruktur beabsichtigt.

### Brückenbau – Schwerpunkte 2002

Die MA 29 war im Berichtsjahr stets bestrebt, fachspezifische Aktivitäten im Brückenbau zu setzen und ihre Aufgaben nach den Kriterien der Kundenorientiertheit und Effizienz zu erledigen. Die Schwerpunkte des Baugeschehens im abgelaufenen Jahr sind die Instandsetzung der Gürtelunterführungen am Matzleinsdorfer Platz und Südtiroler Platz, die Arbeiten an den Dilatationen der A 23 mit Hilfe des Fly-Over sowie die Arbeiten an der Hochstraße St. Marx.

Die Unterführungen Matzleinsdorfer Platz (errichtet 1951/1952) und Südtiroler Platz (1958/1959) sind wichtige Verkehrsbauwerke im hochrangigen Wiener Straßennetz an den Kreuzungen der B 221 Wiener Gürtel Straße mit der B 17 Triester Straße bzw. B 230 Laxenburger Straße. Bis zu 60.000 Fahrzeuge sind dort täglich unterwegs. Auf Grund des bei den laufenden Überprüfungen festgestellten Bauzustandes der beiden Unterführungsbauwerke waren die umfangreichen Instandsetzungsarbeiten vor allem an den Brückenwiderlagern und den Stützmauern in den Rampenbereichen durchzuführen. Am Südtiroler Platz wurden die Stützmauern und Widerlager instandgesetzt sowie die Randbalken erneuert. Am Matzleinsdorfer Platz wurden ebenso die Stützmauern und Widerlager erneuert, gleichzeitig wurde im Kreuzungsbereich die Koppelung der einzelnen Tragwerke vorgenommen. Die Sicherheit der Unterführungen wurde durch neue Leit- und Beleuchtungssysteme verbessert, die Fahrbahnbeläge erneuert und die Lärmbelastung durch neue Lärmschutzpaneele verringert.



Instandsetzungsarbeiten in den Unterführungen des Südgürtels – Südtiroler Platz.

Der Fly-Over wurde vom 15. Juni bis 21. September auf der A 23 verwendet. Es wurden insgesamt vier Fahrbahndehnfugenkonstruktionen erneuert.

Eröffnet wurde 2002 der Gaswerksteg mit neuen Rampen (Rad- und Fußgängersteg), der den 2. und 3. Bezirk verbindet sowie nach komplizierten Verkehrsphasen (Straße und Bahn) die neue Wienerbergbrücke im 12. Bezirk.

Die Instandsetzung der künstlerischen Bauwerke bei der Ohmann'schen Wienflussverbauung sowie aller Stiegenanlagen und Promenaden auf beiden Seiten des Wienflusses dient dem Erhalt eines wichtigen Bauwerks der Jugendstilzeit im innerstädtischen Bereich und wird noch bis voraussichtlich Ende 2004 dauern. Beim Preindlsteg wurde im Zusammenhang mit dem Aufzugseinbau in der Station U4 Ober St. Veit durch die Wiener Linien die im Nahbereich gelegenen Stege behindertengerecht ausgebaut. Weiters erfolgte die Instandsetzung des Gehweges und ein Korrosionsschutz auf dem Tragwerk. Bei der Spetterbrücke wurden die Randbalken erneuert sowie die Dilatationen ausgewechselt.

### Grundbau – Schwerpunkte 2002

Die Beratungstätigkeit der Gruppe Bauberatung erstreckte sich im Jahr 2002 wie in den Vorjahren auf die Bauvorhaben der Wiener U-Bahn, nämlich auf die vier Baustellen der U1-Verlängerung nach Kagran und auf die Verwaltungsverfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung und der Detailgenehmigungsverfahren der U2-Verlängerung nach Aspern. Außerdem wurden die geotechnischen Teile der Ausschreibungsunterlagen für die U-Bahn-Bauabschnitte U2/1 bis U2/5 mit den Wasserhaltungsmaßnahmen Tunnelvortrieben und Gründungskonzepten ausgearbeitet.

# Stadtentwicklung und Verkehr

In der Gruppe Baugrundinformation wurde die Arbeit am EDV-gestützten Baugrundkataster fortgesetzt, indem in Zusammenarbeit mit der MA 14 für 2003 eine Webapplikation erstellt wird. Diese wird es den Mitarbeitern der MA 29 erlauben, auf einfachem und raschem Weg auf die Inhalte der Datenbank zuzugreifen, Aufschlüsse projektbezogen auszuwählen, für eine Weiterverarbeitung digital abzuspeichern und auszudrucken. Für den Parteienverkehr wird damit auch eine zeitgemäße und kundenfreundliche Einsichtnahme ermöglicht werden.

Am Landesgeologentag in Linz wurde zum Thema „Umgang mit geologischen Daten in den Ländern“ das Projekt „EDV-gestützter Baugrundkataster“ vorgestellt.

Die Gruppe Baugrunduntersuchungen hat 2002 einen maßgeblichen Teil der Baugrunduntersuchungen für den Ausbau der U-Bahn erledigt. Dabei sind für die U2 im Bereich Schottenring bis Stadion sowie dem Betriebsgleis Erdberg zahlreiche Bohrungen entlang der Trasse, sowie Objektuntersuchungen (Hausschächte) im Kerngebiet des 2. Bezirks durchgeführt worden. Ebenso waren zusätzliche Arbeiten in den Abschnitten der U1 notwendig, die von der Gruppe Baugrunduntersuchungen bewältigt wurden. Für den Kanalneubau ist das Projekt WSKE BL 2+3 von 1., Weiskirchnerstraße bis 5., Steggasse hervorzuheben. Im Zuge der Erkundung von Altlasten gemäß ALSAG wurden im abgelaufenen Jahr die Verdachtsflächen in Wien 17., Postsportplatz und in Niederösterreich die Altlast Zwölfaxing für die MA 48 aufgeschlossen.

## Öffentliche Beleuchtung (MA 33)

### Öffentliche Beleuchtung

#### Statistische Angaben

Mit Jahresende waren in Wien 152.188 Leuchten mit insgesamt 242.213 Lampen installiert. Es gab 14.663 Spannarme und 61.869 Lichtständer bzw. Arme bzw. Ausleger. Die gesamte öffentliche Beleuchtung wurde Ende 2002 von 3.514 Schaltgeräten in 3.070 Schaltböcken gesteuert. Der Anschlusswert der öffentlichen Beleuchtung beträgt mit Ende 2002 ca. 15.100 kW, der Stromverbrauch ca. 56 MWh.

#### Beleuchtungsanlagen

Aus der Vielzahl der Arbeiten sollen im Folgenden nur einige hervorgehoben werden:

- **1., Albertina:** Ausgelöst durch den Umbau der Albertina wurde im Umfeld die öffentliche Beleuchtung erneuert. In Abstimmung mit der MA 19 wurde die bestehende Beleuchtung durch sieben Lichtarme der Type Stephansplatz ersetzt.
- **2., Karmeliterplatz:** Ausgelöst durch den Umbau der MA 28 wurde die öffentliche Beleuchtung neu errichtet. In Abstimmung mit MA 19 wurden 16 Leuchten der Type Altstadt

gewählt. Als Leuchtmittel wurden Sparlampen PL 18 Watt eingesetzt.

- **3., Markthallenbrücke:** Im Zuge des Neubaus der Markthallenbrücke wurde eine Lichtmastanlage mit Ansatzleuchten der Type Meteora groß und NaH 250 W errichtet.
- **5., Reinprechtsdorfer Straße:** Auf Grund eines Bezirkswunsches wurden zur Beleuchtungsverbesserung in der Reinprechtsdorfer Straße Hängeleuchten der Type Contur 2x70 W installiert. Als Leuchtmittel wurden Halogen-Metaldampflampen verwendet.
- **10., Albin-Hansson-Siedlung:** Wegen dauernder Kabel- und Leuchtenausfälle musste die Beleuchtung erneuert werden. Es wurden 88 Lichtständer Stadthalle mittel mit der Leuchte Type Krischanitz bestückt, die Stromversorgung wurde aus Kostengründen nicht erdverkabelt sondern mittels Freileitung durchgeführt.
- **12., Wienerbergbrücke:** Fertigstellung des Beleuchtungsneubaus nach dem Brückenumbau durch die MA 29. Es wurden acht Lichtarme der Type Vierkant mit Leuchten 250 W in die Brückenkonstruktion integriert.
- **14., Schöffelplatz:** Am Schöffelplatz entwickelte sich in den letzten Jahren eine Abkürzung, die von einer Autobushaltestelle über eine Grünanlage zum in den vergangenen Jahren stark besiedelten oberen Teil der Hüttergasse (nördliche Randstraße) führt, von einem nur ausgetretenen Pfad zu einem nunmehr befestigten Fußweg. Im Einvernehmen mit dem Bezirk wurden dort für die Sicherheit der Fußgänger vier Lichtständer installiert.
- **15., Mariahilfer Straße:** In der Mariahilfer Straße im Bereich Rustengasse bis Anschützgasse wurden im Zuge der Instandhaltung der Stahldrahtanlage zur Beleuchtungsverbesserung Hängeleuchten der Type Saturna mit Halogen-Metaldampflampen 150 W installiert.
- **18., Türkenschanzpark:** Nach der Einrichtung einer Hundeauslaufzone wurde, auf Veranlassung durch den Bürgerdienst und in Absprache mit dem Bezirksvorsteher, dem Wunsch nach einer ausreichenden Beleuchtung derselben entsprochen. Es kamen vier Lichtständer der Type Rathauspark, so wie sie im ganzen Türkenschanzpark vorhanden sind, zum Einsatz, nachdem sie aus den noch vorhandenen alten Beständen ausgewählt und instandgesetzt wurden.

### Öffentliche Uhren

#### Allgemeine Angaben

Die MA 33 betreut 79 Würfeluhren, 110 Kirchen- und Gebäudeuhren, vier Springzifferuhren und zwei in Kunstwerken integrierte Uhren. Sämtliche Uhren sind ferngesteuert. Die meisten werden über den Zeitzeichensender DCF 77 der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig synchronisiert. Derzeit erfolgt eine Umrüstung auf GPS Antennen, da die Störfelder der Handysender in vielen Bereichen (z. B. in Kirchtürmen) den Empfang stark schwächen. Die Umstellung auf Sommerzeit und die Rückstellung auf Normalzeit wird automatisch durchgeführt.

#### Instandhaltung der öffentlichen Uhren

Es wurden 71 Uhren instandgesetzt (Uhrwerk erneuert, Mikroprozessor getauscht etc.) und rund 145 Störungen behoben.

#### Versuchsraum

Im Jahr 2002 wurden im Versuchsraum 43 Lampen sowie 60 Leuchten (Musterstücke und Serienlieferungen) überprüft. In beiden Testserien konnten keine größeren Mängel oder großen Abweichungen gegenüber den vorgehenden Lieferungen festgestellt werden. 89 Lichtmessungen wurden durchgeführt, 65 davon an Beleuchtungsanlagen der MA 33. Die restlichen 24 Lichtmessungen wurden auf Grund von Anrainerbeschwerden durchgeführt, wobei sich die beklagten Beleuchtungsanlagen nicht im Besitz der MA 33 befinden.

Im Versuchsraum wurden auch Spezialprüfungen, wie beispielsweise die Überprüfung von Schaltgeräten aller Typen oder die Überprüfung von EVG für Hochdrucklampen durchgeführt. Weiters wurden Planungen und Berechnungen sowie ausführliche Tests der Beleuchtungsanlagen, z. B. für den Schwarzenbergplatz oder für den Wallensteinplatz, durchgeführt.

#### Anlagenprüfgruppe

Im Jahr 2002 kam es zu einer gravierenden Veränderung der Anlagenprüfung. Zum einen werden ab Jahresmitte die Neuabnahmen nur noch durch die Baureferate selbst durchgeführt, zum anderen wurde die Altanlagenprüfung auf Grund von drastischen Personalkürzungen wesentlich eingeschränkt. Die dazu ersatzweise geplante Zusammenarbeit mit der Betriebsgruppe der MA 33 konnte jedoch seitens der Betriebsgruppe nicht wie vorgesehen im Sommer 2002 starten. Trotzdem wurden 2002 66 neu gebaute Anlagen entsprechend den ÖVE-Vorschriften überprüft und abgenommen sowie weitere 14 Anlagen des Altbestandes auf ihre Betriebssicherheit hin kontrolliert. Weiters gab es 81 Schlussfeststellungen. Zur Unterstützung der Baureferate und der Betriebsgruppe wurden 30 Kabelfehler- bzw. Kabelortungs-Messungen durchgeführt.

2002 konnte auch ein eigenes neues Kabelortungsgerät angeschafft werden, das in Zusammenarbeit mit dem Zeichensaal zur genauen Lagebestimmung von Kabeln eingesetzt wird. Die Mastüberprüfungen wurden vom Testbetrieb 2001 in eine Routinearbeit übergeführt. 2002 wurden 493 Maste kontrolliert bzw. auf ihre Standsicherheit untersucht.

#### Anstrahlung von Baudenkmalern, Brücken und Brunnen

Im Jahr 2002 wurden Vorbereitungsarbeiten für die Großprojekte Wallensteinplatz, Liesingerplatz, Vorplatz Künstlerhaus und Albertina, die alle mit Fluterbeleuchtungen ausgestattet werden sollen, durchgeführt. Insbesondere für das Projekt „Effektbeleuchtung Wiedner Hauptstraße“ (Lichtband) wurden umfangreiche Vorarbeiten (Markt-

analyse, Adaptation und Weiterentwicklung von Beleuchtungstechnologien etc.) getätigt.

In der Weihnachtszeit wurde zum ersten Mal am Haus der Stadtgardendirektion eine Anstrahlung mit farbigem Licht errichtet. Dieser Versuch wurde seitens der Bevölkerung sehr gut aufgenommen.

Für die Schifffahrtssignalisierung auf den Donaubrücken wurde ein Probetrieb mit LED-Signalen durchgeführt. Im Anschluss daran wurde der Austausch aller Signale durch die Oberste Schifffahrtsbehörde genehmigt.

#### Stadtvermessung (MA 41)

Die MA 41 versteht sich als interne Dienstleisterin für alle vermessungstechnischen und kartografischen Aufgaben, die innerhalb der Stadtverwaltung anfallen, hauptsächlich in den Bereichen Planung, Bauausführung und allgemeine Verwaltung. Darüber hinaus werden weitere, mit öffentlichen Aufgaben betraute städtische Einrichtungen wie die Wiener Stadtwerke, der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds bei der Durchführung ihrer Vorhaben vermessungstechnisch unterstützt.

**Schwerpunkte der Arbeit** bildeten Vermessungen für städtische Bauvorhaben, vor allem für U-Bahn- und Straßenbau, für das städtische Liegenschaftsmanagement sowie die Evidenthaltung und Weiterentwicklung der digitalen Stadtkarte.

Große Bedeutung kam der erstmaligen Ausarbeitung der im Rahmen des „New Public Management“ zu erstellenden Leistungskontraktes zu. Nach tief gehenden Analysen und ausführlichen, grundsätzlichen Diskussionen wurden die zu erreichenden Ziele der Abteilung festgelegt und die daraus abgeleiteten Leistungen und Produkte beschrieben. Mit Ende des Jahres 2002 wurde der Kontrakt für das Folgejahr von Stadtrat und Magistratsdirektor unterfertigt. Nach intensiver Befassung mit NPM-Themen wurden in Teilbereichen der Abteilung teilweise die Zeit- und Leistungserfassung eingeführt.

Durch das Landesgesetz vom 18. September 2002 wurde die **Grenze zwischen dem 21. und 22. Bezirk** zwischen der Alten Donau und der Stadtgrenze geändert. Dieser Bereich, aber auch andere Teile von Bezirksgrenzen mit einer Länge von 3,5 km wurden koordinativ festgelegt, sodass die bislang übliche verbale Beschreibung von Bezirksgrenzen präzisiert werden konnte. In diesem Zusammenhang wurden auch Verlegungen der Katastralgemeindengrenzen in die Bezirksgrenzen beim Vermessungsamt Wien beantragt, um eine Übereinstimmung mit Bundesverwaltungsbereichen zu erzielen.

Bei den **Vermessungen für städtische Bauvorhaben** standen die Arbeiten für den U-Bahnausbau im Vordergrund. Um während der Stollenvortriebsarbeiten eintretende Setzungen an anrainenden Gebäuden sicher und rechtzeitig erfassen zu

# Stadtentwicklung und Verkehr

können, wurden für das Bauvorhaben Verlängerung der U2 1.500 Höhenfestpunkte gesetzt. Im Zuge der Verlängerung der Linie U1 von Kagran nach Leopoldau waren dem Baugeschehen laufend Kontroll- und Sicherungsmessungen an der bestehenden Bebauung sowie an den Bohrpfählen und Spundwänden vorzunehmen. Weitere Kontrollmessungen erfolgten beim Umbau der Station Praterstern und des Bahnhofs Erdberg sowie bei den Brückenbauvorhaben Gaswerksteg, Schweglerbrücke und Wienerbergbrücke. Absteckungsarbeiten für Straßenneu- bzw. -umbau fielen für folgende Projekte an: Albertinaplatz, Schwarzenbergplatz, Am Heumarkt, Bitterlichstraße, Favoritenstraße, Mannswörther Straße, Satzingerweg, Breitenleer Straße, Altmannsdorfer Straße und Perfektastraße.

An **Projektunterlagen für städtische Bauvorhaben** waren 88 Lage- und Höhenpläne auszuarbeiten. Von diesen sind folgende Vorhaben herauszuheben: die Stadtentwicklungsgebiete St. Marx und Grundäckergasse, das neue Betriebsgebäude der MA 48 in Stadlau, der Wiental-Entlastungskanal, die Lärmschutzverbesserung an der A 22 – Kaisermühlen, die Verlängerung der Straßenbahnlinie 65, umfangreiche Kanalneulegungen im 22. Bezirk sowie der Hochwasserschutz der Unterfahrung Stadionbrücke. Für 29 Bauvorhaben wurden unter Zurverfügungstellung der erforderlichen Planunterlagen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen bei der Baupolizei angesucht.

Der Höhenbezug sämtlicher, nicht nur der städtischen Bauvorhaben wird durch das von der Abteilung geführte Höhenfestpunktfeld gewährleistet. Nach Überarbeitung und Neuberechnung des gesamten Netzes mit etwa 6.300 Festpunkten erschien im Berichtsjahr eine Neuausgabe des Höhenfestpunktverzeichnisses.

Im Rahmen der **vermessungstechnischen Betreuung des städtischen Grundeigentums** wurden 60 Aufträge mit einer gesamten Auftragssumme von 310.000 EUR an Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen vergeben. Dazu zählten Teilungspläne, mit denen die Voraussetzungen für einen möglichen Verkauf von Kleingärten in den Anlagen Groß Jedlersdorf, Hackenberg, Stammersdorfer Friedhof, Atzgersdorfer Heide, Rosental, Am Ameisbach und in der Kuchelau geschaffen wurden. Weitere Teilungspläne wurden für die Schulen Erlaaer Straße, Vorgartenstraße und Veitingergasse sowie für Parkanlagen, für die Verlängerung der U2 bzw. die naturnahe Gestaltung des Liesing- und Gütenbaches erstellt.

Im gleichen Zeitraum wurden vom Eigenpersonal der MA 41 einerseits 26 Pläne mit einer Fläche von 51 ha erstellt und andererseits 10 Grenzabsteckungen mit einer Gesamtlänge von 3 km und 129 Grenzpunkten durchgeführt. Diese Arbeiten umfassten Grundstücksvermessungen für den künftigen Islamischen Friedhof und den Märzpark, die Absicherung der Leitungstrasse der I. Hochquellenleitung in der Katastralgemeinde Bad Fischau. Für die Bemessung von EU-Fördermitteln war die Anbaufläche von landwirtschaftlich genutzten

Grundflächen des Stadtgutes Lindenhof in Eggenburg festzustellen. Weiters sollen die Absteckungen von Pachtflächen im Böhmischem Prater, der Nationalparkgrenzen in der Lobau sowie von forstwirtschaftlich genutzten Grundflächen in Bereich der Wiener Hütte und des Lainzer Tiergartens genannt werden. Eine wichtige Anforderung war auch die im Zuge von erheblichen Restitutionsforderungen notwendige Überprüfung von Eigentumsverhältnissen des Jahres 1938.

Neben diesen Vermessungen waren für den Bedarf anderer Magistratsdienststellen Grundabteilungsverfahren zu betreuen. Dafür mussten 120 Bekanntgaben von Bebauungsbestimmungen, ebenso viele Abteilungsbescheide sowie 150 Planbescheinigungen der Vermessungsämter eingeholt werden. Damit konnten Verbücherungsunterlagen für 85 Grundbuchsansuchen der MA 69 zur Verfügung gestellt werden.

Durch eine von der MA 41 angeregte Änderung der Geschäftseinteilung konnte der Zeitraum für die Unterfertigung von Zustimmungserklärungen der Stadt Wien bei privaten Grundteilungen wesentlich reduziert werden. An weiteren Dienstleistungen für den privaten Bereich ist eine verstärkte Beratungstätigkeit hinsichtlich Grundabteilungsverfahren und das Herstellen von Entschädigungsplänen bei Verschmälerungen von Verkehrsflächen zu nennen.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der **Digitalen Stadtkarte** ist es zu einer beachtlichen Neuerung gekommen. Nach Beauftragung von Forschungsprojekten und ausführlichen Tests hat die MA 41 ein innovatives Verfahren zur Herstellung eines digitalen 3-D-Stadtmodells entwickelt und mit der Produktion eines solchen Modells begonnen. Es wurde damit der bedeutenden Rolle, die der dritten Dimension in allen Planungsprozessen zukommt, Rechnung getragen, besonders auch dem gesteigerten Bedürfnis, die Öffentlichkeit über Projekte der Stadtentwicklung realistisch zu informieren. Das 3-D-Stadtmodell ermöglicht beispielsweise die Visualisierung von projektierten Gebäuden inmitten der bereits vorhandenen Umgebungssituation. Die dafür notwendigen Grundlagen, wie ein genaues digitales Modell der Geländeoberfläche, die exakten Grundrissflächen der Gebäude und die nach der Nutzung unterschiedene Flächendarstellung des Stadtgebietes werden dabei aus den bereits flächendeckenden und aktuell vorhandenen Daten der Wiener Mehrzweckkarte abgeleitet. Die von der MA 41 mittels Luftbilddatenauswertung zusätzlich erfassten Gebäudehöhen ermöglichen die Generierung eines sehr genauen 3-D-Baukörpermodells. Dieses 3-D-Baukörpermodell stellt die erste Detaillierungsstufe des 3-D-Stadtmodells dar und wird für das dicht verbaute Stadtgebiet von Wien noch 2003 flächendeckend zur Verfügung stehen. Parallel dazu erfolgte projektbezogen eine Erfassung und Modellierung der Dachlandschaft aus Luftbildern, die zweite Detaillierungsstufe des 3-D-Stadtmodells. Eine sehr realitätsnahe Abbildung von einzelnen Bereichen der Stadt wird im Anlassfall durch Aufbringung der Fassadentexturen erzielt. Diesbezüglich hat die

MA 41 eine Machbarkeitsstudie begonnen, die vor allem wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt.

Zur Aktualisierung der **Digitalen Mehrzweckstadtkarte** wurden mittels Luftbildauswertungen in 456 Blättern 1:1000 die aus Bildflügen ersichtlichen Veränderungen festgestellt und Gebäudehöhen für das 3-D-Stadtmodell in 465 Blättern 1:1000 erfasst. Zugleich wurden eingetretene Veränderungen im Straßenbereich durch terrestrische Vermessungen von rund 890 km Straßen, dargestellt in 615 Blättern 1:1000, erfasst. Dies hat insgesamt zu einer weiteren Verbesserung der Aktualität der Karte geführt. Durch den Verkauf der Mehrzweckkarte wurden 2002 rund 1 Mio. EUR eingenommen, die interne Nutzung innerhalb der Stadt Wien entsprach einem Geldeswert von etwa 4 Mio. EUR.

**Fachliche Kontakte** wurden wieder laufend über Mitwirkung bei den maßgeblichen nationalen und internationalen Stellen gepflegt. Hervorzuheben ist dabei die Mitarbeit in den entsprechenden Gremien der Verbindungsstelle der Bundesländer und des Städtebundes bei der Neugestaltung der österreichischen Geodatenpolitik. Dem von diesem Gremium ausgearbeiteten Konzept hat die Landeshauptleutekonferenz im Oktober 2002 zugestimmt und den Auftrag erteilt, die dort formulierten Ziele umzusetzen.

Im Rahmen des Consultings hielt die MA 41 ein Seminar über Vermessung für das Liegenschaftsmanagement für russische Experten aus dem Bereich Moskau ab.

Die Anzahl der Anforderungen ist mit 2.506 Geschäftsstücken gegenüber dem Vorjahr etwa gleich geblieben. Ein wesentlicher Anteil der Vermessungsleistungen wird wieder vom Personal der Abteilung erledigt, wobei die angewendeten Verfahren jeweils dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Darüber hinaus wurden Aufträge im Ausmaß von 1,92 Mio. EUR nach außen vergeben.

#### **Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten (MA 46)**

Organisatorisch gliedert sich die Abteilung in die Stabstelle und fünf Gruppen, die wiederum in Referate unterteilt sind. 2002 waren 1.487 Akten zu bearbeiten und entsprechende Berichte an die jeweiligen Dienststellen, aber auch Privatpersonen, zu übermitteln.

Die **Verkehrsinformationsstelle** ist die Serviceanlaufstelle für Bürger und Dienststellen. Sie ist mit jeweils drei Bediensteten der Gruppe 2 – Straßenverkehrsbehörde besetzt und zwar Montag bis Freitag von 7.00 bis 18.00 Uhr. Die besondere Serviceleistung ist, dass die Anträge innerhalb eines Tages erledigt werden, sofern dies verkehrstechnisch möglich ist.

In 4.123 Fällen wurden Bewilligungen für Ladetätigkeiten bei Übersiedlungen, Ölabschlachungen sowie Anträge, welche Aufgrabungen im Straßenbereich betreffen, erledigt. Die Informations-

stelle nimmt auch Meldungen über Gebrechen im Straßenbereich entgegen und veranlasst gegebenenfalls die notwendigen Maßnahmen. Ebenso werden Termine, die Baubeginn oder Bauende von Arbeiten auf oder neben der Straße betreffen, Meldungen über vorläufige Fahrtunterbrechungen bei Gefahrguttransporten, Meldungen über schwere Verkehrsunfälle sowie über die Beschädigungen von Verkehrsleiteinrichtungen entgegengenommen.

#### **Gruppe 1 – Verkehrsorganisation und Planung**

Die Gruppe 1 ist in fünf Gebietsreferate aufgeteilt und für die Erarbeitung und Verordnung verkehrstechnischer Maßnahmen bei Straßenneu- und Umbauprojekten sowie für die generelle Projektierung und Festlegung von Verkehrslichtsignalanlagen (VLSA) sowie deren Überprüfung zuständig. Im Jahr 2002 wurden 4.674 Akte behandelt. Das Radwegenetz wurde um 28 km erweitert, sodass das Netz der Radverkehrsanlagen mittlerweile 896 km umfasst. Die Anzahl der Bügel für Fahrradabstellanlagen wurde um 228 auf 7.834 vermehrt. Weiters wurden 1.279 Fahrradausweise für Kinder unter 12 Jahren ausgestellt.

#### **Ausgewählte verkehrstechnische Projekte**

- **Garagenprojekte:** Weihburggasse, Lindengasse, Bauernfeldplatz, Reithofer Platz, P & R Liesing, Atzgersdorf.
- Es wurden **verkehrstechnische Projekte des Straßen-, Gleis- und Brückenbaus** erstellt und entsprechende Änderung zur Verbesserung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs durchgeführt. Ebenso wurden Überprüfungen diverser Bevorrangungsprojekte der Wiener Linien durchgeführt.
- **Hauptstraßen A:** Für Wegweiser, Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen auf Hauptstraßen A (Autobahnen) wurden Projekte erstellt, die Grundlagen für die Genehmigung bei der ASFINAG und Verordnung beim zuständigen Bundesministerium darstellen.
- **Kleinflächige Verkehrsorganisationen:** Vor allem in Bezirksteilen wurden Verkehrerschließung von Großbauvorhaben, Wohnstraßen, Fußgängerzonen, Neuorganisation des ruhenden Verkehrs, Tiefgaragen und P & R-Anlagen, verkehrstechnische Bearbeitung von Stadterneuerungsgebieten ebenso wie die generelle Planung der Oberflächengestaltung nach Abschluss der Bauarbeiten von Tiefgaragen geplant und realisiert.
- **Radverkehr:** Den Leitzielen des Verkehrskonzeptes folgend, umweltschonende Verkehrsmittel zu fördern und insbesondere auch den Berufs-, Einkaufs- und Ausbildungsverkehr zu berücksichtigen, wurden die Belange des Radverkehrs nicht nur bei Straßendetailprojekten berücksichtigt sondern auch eigene Radwegprojekte erstellt bzw. weitergeführt.

#### **Gruppe 2 – Straßenverkehrsbehörde**

Die Gruppe 2 umfasst acht Referate die mit der Verordnung und Festlegung definitiver Verkehrs-

# Stadtentwicklung und Verkehr

maßnahmen sowie mit der periodischen Überprüfung bestehender Verkehrsmaßnahmen befasst sind. 2002 wurden in diesem Zusammenhang 4.807 Anträge behandelt. Weiters wurden Verhandlungen über die Entschärfung von Unfallschwerpunkten durchgeführt und Verkehrsmaßnahmen nach Projekten des Straßen-, Gleis- und Brückenbaus festgelegt.

Der zweite Aufgabenkomplex besteht in der Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße gemäß § 90 StVO und der Festlegung der erforderlichen Verkehrsmaßnahmen. Im Jahr 2002 waren dies 12.810 Fälle.

Das **Referat Parkraumbewirtschaftung** erteilt die Ausnahmegewilligungen nach § 45 Abs. 2 StVO 1960 für Firmen und Beschäftigte im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung. Im Jahr 2002 wurden 6.425 Anträge bearbeitet.

Im **Referat Sondertransporte, Film und § 29b-Ausweise** wurden 4.291 Anträge auf Routengenehmigung gemäß KFG bearbeitet. Diese Genehmigungen erforderten Routenerhebungen über fahrtechnische Eignung sowie Ermittlung über Tragfähigkeit von Brücken, Eindeckungen und Straßendecken sowie Einbauten und über der Straße liegenden Leitungen. Bei bundesländerüberschreitenden Transporten ist die Koordinierung der betroffenen Bundesländer erforderlich.

Zu den Aufgaben des Referats gehören auch Ausnahmegewilligungen für Halteverbotszonen, Anträge auf Ausnahme vom Nachtfahrverbot bzw. vom Wochenend- und Feiertagsfahrverbot sowie Konzessionsansuchen und -prüfungen im Fiakerwesen. 1.531 Anträge auf Ausstellung von Behindertenausweisen gemäß § 29b StVO wurden bearbeitet. In 65 Fällen wurden sportliche – teilweise

bundesländerüberschreitende – Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen behandelt. 929 Ansuchen für Filmaufnahmen mit den erforderlichen Verkehrsmaßnahmen wurden bearbeitet.

Im **Referat Gebrauchserlaubnisse** werden Nutzungen des öffentlichen Gemeindegrundes und des darüber befindlichen Luftraums nach dem Gebrauchsabgabegesetz 1966 und nach § 82 und § 90 StVO behandelt. Im Jahr 2002 standen 2.716 Anträge in Bearbeitung, die auf Genehmigung von Werbeanlagen, Sonnenschutzvorrichtungen, Automaten, Warenausräumungen, Aktivitäten im öffentlichen Raum u. a. ausgerichtet waren.

Ferner wurden 6.349 Bewilligungsbegehren für Baustelleneinrichtungen auf öffentlichem Gut für Hochbaustellen auf Privatliegenschaften gestellt. Weiters ergaben sich auf Grund von Besitzwechsel 1.603 Anträge von neuen Lokalinhabern auf die Erteilung von Gebrauchserlaubnissen für Anlagen, die den Vorgängern genehmigt waren. 550 Genehmigungen ergingen für ambulante Werbeinsätze (Flugzettelverteilung, Lautsprecherwagen, Werbestände). Ca. 3.500 Eingaben von Erlaubnisträgern betreffend ihrer Abgabepflichten waren in Behandlung zu nehmen. Auf Grund der Nationalratswahlen 2002 ergaben sich zeitintensive Kontrolleinsätze betreffend die Aufstellung der Wahlwerbbestände.

Im Herbst erfolgte die Übersiedlung jener Mitarbeiter in die Niederhofstraße, deren Aufgabengebiet die Bewilligungsverfahren nach § 90 StVO ist.

## Gruppe 3 – Errichtung, Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen

Das **Referat Detailprojekt und Errichtung von VLSA** überprüfte 2002 auf Grund von Anträgen und Beobachtungen 282 Schaltprogramme oder Verkehrsabläufe und hat für den Neu- bzw. Umbau von VLSA entsprechende Detailprojekte erstellt. Davon dienten 25 Projekte der Bevorrangung des öffentlichen Verkehrs.

An 17 Örtlichkeiten wurden neue, teils koordinierte VLSA unter Berücksichtigung der Wünsche des öffentlichen Verkehrs errichtet. Sämtliche neue VLSA wurden mit LED-Signalgebern (Leuchtdioden) ausgerüstet. Im Zusammenhang mit Baumaßnahmen wurden 12 teilweise komplizierte VLSA projektiert, errichtet, in Betrieb genommen und gegebenenfalls den geänderten Umleitungsverhältnissen angepasst. Ferner nahm das Referat 251 definitive bzw. provisorische Umbauten und Anpassungen an VLSA vor.

Für die zentrale Verkehrsregelung wurden sieben Kabellegungen, Verteilerausbauten bzw. Programmanpassungen durchgeführt sowie 16 VLSA an die Wiener Verkehrsleitzentrale angeschlossen. Für Erdarbeiten im Zuge von VLSA-Baumaßnahmen wurden 53 Aufträge vergeben.

Im Rahmen des Projekts **VEMA – Verkehrsmanagementsystem Wien** erfolgte für die zentrale Verkehrsüberwachung mit Verkehrsfernsehleinrich-



Foto: Votava / PID

Im November feierten Verkehrsstadtrat DI Rudolf Schicker und Polizeipräsident Dr. Peter Stiedl gemeinsam mit den Expert/innen der MA 46 und der Polizei das 40-jährige Bestehen der Wiener Verkehrsleitzentrale.

tungen der Baubeginn für die Modernisierung der bestehenden 38 Kamerastandorte auf dem ehemaligen Bundesstraßen- und Gemeindestraßennetz sowie für die Erweiterung um 17 neue Standorte. Für die Organisation des ruhenden Verkehrs wurde die Modernisierung und Erweiterung des dynamischen Parkleitsystems Mariahilf und Westgürtel fertig gestellt und im Abschnitt Donauzentrum mit den Realisierungsmaßnahmen begonnen. Für die Erneuerung bzw. Modernisierung der Verkehrsrechner zur zentralen VLSA-Steuerung wurde ein Planungsauftrag vergeben und ein entsprechender Entwurf ausgearbeitet.

Durch das Referat Betrieb und Erhaltung von VLSA und der Verkehrsleitzentrale wurden an den 1.121 in Betrieb befindlichen VLSA (einschließlich 10 Fremdanlagen), den 20 Geschwindigkeitswarnanlagen und an 75 Blinkanlagen Erhaltungsarbeiten durchgeführt. 992 Schäden wurden behoben.

Durch bessere Überwachung und genauere Wartung der Steuergeräte wird die Betriebs- und Verkehrssicherheit erhöht. Für den Lampentausch waren etwa 95.000 Glühlampen erforderlich. Etwa 1.478 Störungen mussten behoben werden. Dazu kamen noch Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an 53 Fernsehbeobachtungsstellen und den Einrichtungen der Verkehrsleitzentrale. 38 Gewitterschäden an diversen Einrichtungen wurden behoben.

Weiters wurden 523 gerichtliche Anfragen beantwortet, Planunterlagen zu Verkehrsunfällen im Bereich von VLSA beigelegt und außerdem 26 Anfragen in Verwaltungsstrafverfahren beantwortet.

Details zum Referat Verkehrsleiteinrichtungen sind der Tabelle (rechts) zu entnehmen.

Im Bereich „Absicherung von besonders gefährdeten Fahrbahnbereichen“ wurden 49 Wiener Sicherheitssäulen (überfahrbare Kunststoffkörper) mit und 83 ohne Bodenlicht aufgestellt. Im Zusammenhang mit der Überplattung auf der A 23, Bereich Verteilerkreis Favoriten, wurden zwei Überkopfwegweiser und diverse Kleinverkehrszeichen neu aufgestellt. Im Zuge der Sanierungsarbeiten A 23 (Randbalkensanierung im Bereich Gürtel – A 4 Ostautobahn, Fahrtrichtung Norden) wurden zwei Überkopfwegweiserbrücken komplett demontiert, der Querriegel verlängert und nach Fertigstellung der Arbeiten der MA 29 wieder montiert.

Im Zusammenhang mit der Realisierung von Großwegweisungsprojekten wurde unter anderem in ganz Wien die „Mistplatzwegweisung“ mit 95 Standorten realisiert.

Im Zuge der jährlichen mechanischen und statischen Überprüfungsarbeiten wurden bei drei Überkopfwegweisern (Brücken auf der B 14a) Sicherheitsmängel an den Befestigungselementen festgestellt (Gefahr in Verzug). Diese Brücken sind derzeit in Sanierung.

Im Zusammenhang mit dem Wunsch nach mehr Verkehrssicherheit bzw. mehr Transparenz der



Um Wien für Kinder noch sicherer zu machen, werden mobile Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen verstärkt vor Schulen zum Einsatz kommen.

vom KFZ-Lenker gefahrenen Geschwindigkeit wurde im Auftrag der Wiener Bezirke eine Ausschreibung für den Ankauf und die Betreuung von mobilen Geschwindigkeitsanzeigeanlagen durchgeführt und für fünf Bezirke derartige Anlagen angeschafft.

#### Verkehrsleiteinrichtungen 2002

Verwaltete Verkehrszeichen	VZ in Email oder Scotchlite (rückstrahlend)	Beleuchtete VZ	Verkehrsleuchtsäulen	Zusatztafeln	Eisensteher	Kettensteher
Verwaltete Verkehrszeichen	123.384	1.998	571			
Neu	3.330	35	15		1.569	
Erhaltung	14.598			8.225	5.070	123

Jahresdetails zum Referat Bodenmarkierungen sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

#### Bodenmarkierungen 2002

Markierungen	Gemeindestraßen	Hauptstraßen B	Autobahnen
<b>Strichmarkierungen</b> (Leit-, Sperr-, Park-, Randlinien) in m			
Gesamt	208.000	114.000	47.000
Kurzzeitmarkierungen	97.000	93.000	38.000
<b>Flächenmarkierungen</b> (Schutzwege, Haltelinien, Pfeile, Sperrflächen) in m <sup>2</sup>			
Gesamt	29.100	12.400	470
Kurzzeitmarkierungen	12.600	8.800	380

Weiters wurden die gesamten Straßenzüge der B 12, B 13, B 13a, B 14, B 16, B 17, B 223 und Teile der B 1 und der B 227 im Rahmen von Erhaltungs-

# Stadtentwicklung und Verkehr

verträgen komplett erneuert oder nachmarkiert. Außerdem bearbeitete das Referat 92 Gerichtsakte und 192 Verwaltungsstrafakte.

Das **Referat Budget** ist für die Führung der Sach- und Referatskredite und deren Abrechnung zuständig und führt die Kontrolle und Abrechnungen der Leistungen für Fremdbteilungen durch. Eine Auflistung der verwalteten Budgetmittel findet sich in der folgenden Tabelle.

Von der Abteilung verwaltete Budgetmittel EUR	
<b>Ausgaben Zentralbudget MA 46 und Bezirksbudget</b>	
Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen	6.696.979
Strom	1.726.091
Errichtung von Verkehrseinrichtungen auf Gemeindestraßen	5.872.714
Refundierungen der Stadt Wien an den Bund	579.404
Diverse andere Budgetposten	923.027
<b>Ausgaben Bundesbudget</b>	
Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Hauptstraßen B	5.509.450
Provisorische Maßnahmen auf B	0
Errichtung und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen auf Hauptstraßen A (inkl. MWSt.)	54.077
Refundierungen des Bundes an die Stadt Wien	8.802.250
<b>Ausgaben Referatskredit U-Bahn</b>	
Definitive und provisorische Maßnahmen	1.253.554
<b>Ausgaben Referatskredite MA 28-ERHOB</b>	
Definitive Maßnahmen	265.600
<b>Gesamt 2001</b>	<b>31.683.146</b>

## Gruppe 4 – Verkehrssicherheit

Die Gruppe 4 besteht aus zwei Referaten und der Jugendombudsfrau.

Das **Referat Verkehrssicherheits- und Eisenbahntechnik** bearbeitet Anträge mit verkehrssicherheitstechnischer Relevanz, überprüft die aufgezeigten Sicherheitsdefizite und erarbeitet bei tatsächlich vorhandenen Mängeln entsprechende Sanierungsvorschläge. Von Amts wegen wird die Erfassung, Untersuchung und Analyse von Unfallhäufungsstellen vorgenommen. Die Ausarbeitung von Verkehrssicherheitsgutachten erfolgt dabei im Sinne der örtlichen Unfallforschung auf Basis der Auswertungen der EDV-Systeme Wiener Unfall-Daten-Bank (UDB) und Wiener Unfall-Analyse-System (UAS). Es wurden insgesamt 40 Unfallhäufungsstellen detailliert untersucht und für den überwiegenden Teil Sanierungsmaßnahmen vorgeschlagen.

Eine wesentliche Aufgabe stellt die sicherheitstechnische Planungsbegutachtung sämtlicher Pla-

nungen der Magistratabteilungen 18, 28, 46 und der Wiener Linien dar.

Für die Verfahren zur Festlegung von Verkehrsmaßnahmen ebenso wie für Eisenbahnbau und -betrieb, für die Sicherung schienengleicher Eisenbahnkreuzungen zur Erteilung eisenbahnrechtlicher Genehmigungen von Haupt- und Nebenbahnen, für Straßenbahnen (inklusive U-Bahnen) und Anschlussbahnen sowie für den Unabhängigen Verwaltungssenat (UVS) wurden Amtssachverständige zur Verfügung gestellt.

Das **Referat Unfallstatistik und Unfallanalyse** betreut, wartet und erweitert die EDV-Systeme UDB und UAS. Es werden Frequenz- und Kollisionstabellen, Vorher-Nachher-Untersuchungen, Reihungen entsprechend einschlägiger Unfallkennzahlen und spezielle Unfallstatistiken erstellt. Diese Auswertungen sind Grundvoraussetzung für eine effektive und gezielte Verkehrssicherheitsarbeit. Weiters werden computerunterstützte Darstellungen und Veröffentlichungen des Unfallgeschehens aufbereitet und Unfallsimulationen durchgeführt.

Die **Jugendombudsfrau** ist für die Koordinierung und als Ansprechpartnerin für Schulen in Angelegenheiten der Schulwegsicherheit sowie für die Betreuung verkehrssicherheitsrelevanter Problemstellungen, die Kinder und Jugendliche betreffen, zuständig. Im Jahr 2002 war ein Schwerpunkt die Forcierung des früheren Erwerbs des Radfahrerausweises. Allgemein wurden die Sicherheitsaktionen „Sichtschutzlamellen“, „Aktiv gegen Unfallschwerpunkte“, „Schulwegpläne“ und „Mobile Tempoanzeigen für Wien“ eingeleitet und fachlich betreut.

Anzumerken ist, dass die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden in den letzten Jahren zwar leicht ansteigt, jedoch durch konsequente Verkehrssicherheitsarbeit das erreichte niedrige Niveau grundsätzlich gehalten werden konnte. Wien ist damit, wie mehrere Studien zeigen, die verkehrssicherste Landeshauptstadt Österreichs und die verkehrssicherste Großstadt Kontinentaleuropas.

## Gruppe 5 – Fahrzeugtechnik und Gefahrguttransporte

Das **Referat 1 – Fahrzeuggenehmigungen** hat 2002 insgesamt 2.780 Anträge um Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Anhängern behandelt. Diese Genehmigungen umfassen in erster Linie Einzelgenehmigungen und Ausnahmegenehmigungen für Übersiedlungsfahrzeuge und für historische Kraftfahrzeuge, aber auch Bewilligungen für nicht zum Verkehr zugelassene Anhänger und die Ausstellung von „10 km/h“-Bescheinigungen für einzelne Fahrzeuge und Fahrzeugtypen im Sinne des KFG 1967. Darüber hinaus sind 2.724 Anzeigen betreffend Änderungen an Kraftfahrzeugen und Anhängern bearbeitet worden. Die für diese Verfahren erforderlichen kraftfahrtechnischen Gutachten sind durch die vom Landeshauptmann von Wien bestellten Sachverständigen erstellt worden.

Das Referat 2 – Verkehrssicherheit, § 57a, **Gefahrgut** hat 2002 auf dem Gebiet der Ermächtigung von Werkstätten, Ziviltechnikern und Vereinen zur Durchführung wiederkehrender Überprüfungen bzw. wiederkehrender Begutachtungen gemäß § 57 a KFG 1967 658 Geschäftsfälle behandelt. Bei der Ermächtigung zur Prüfung von Fahrschreiberanlagen und Geschwindigkeitsbegrenzern wurden 23 Geschäftsfälle behandelt.

In Zuge von bau- und gewerberechtlichen Verfahren wurden zwei verkehrstechnische Gutachten erstellt. Nach dem Güterbeförderungsgesetz wurden 20 COP-Dokumente als Grundlage zur Berechnung der Öko-Punkte im Transitverkehr ausgestellt. Für Fahrzeugkartierungen der MA 48 wurden in 37 Verhandlungen Gutachten über den Fahrzeugzustand und deren Verwertbarkeit erstellt. Die Realisierung der technischen Anforderungen von Fahrschulfahrzeugen wurde über Auftrag der MA 65 in 236 Fällen geprüft. Die behördliche Bewilligung zum Führen von Blaulicht und Folgetonhorn wurde in 132 Fällen erteilt.

In Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Wien wurden Überprüfungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern an Ort und Stelle nach § 58 KFG 1967 durchgeführt. Im Jahr 2002 wurden dabei 1.311 in- und ausländische Fahrzeuge überprüft. Bei 502 Fahrzeugen wurde von den kraftfahrzeugtechnischen Sachverständigen „Gefahr im Verzug“ festgestellt und von den Organen der Bundespolizeidirektion Wien die Kennzeichen abgenommen. An Wochenenden und in den Nachtstunden wurden „road-runner“ angehalten und überprüft.

Auf dem Gebiet des Transports gefährlicher Güter auf der Straße wurden insgesamt 370 Geschäftsfälle behandelt. Dazu gehören Genehmigungen von Kraftfahrzeugen, Anhängern und Tanks zur Beförderung gefährlicher Güter samt den erforderlichen Sachverständigengutachten.

Über Anforderung der Unabhängigen Verwaltungssenats Wiens wurden in 132 Geschäftsfällen fahrzeugtechnische Gutachten erstellt.

#### **Rechtliche Verkehrsangelegenheiten (MA 65)**

Im Jahr 2002 war es nach wie vor eine wichtige Aufgabe der Abteilung, die Agenden als **Berufungsbehörde** wahrzunehmen. Die zu bearbeitenden Berufungsfälle betrafen hauptsächlich Administrativsachen, wie etwa die Ausstellung von Ausweisen für dauernd stark gehbehinderte Personen (§ 29b StVO 1960), weiters die Erledigung von Berufungsverfahren in Angelegenheiten der Entziehung von Lenkerberechtigungen, die Aufhebung der Zulassung von Kraftfahrzeugen sowie die Entfernung von Verkehrshindernissen, insbesondere betreffend Kostenvorschreibungen für die Abschleppung von Fahrzeugen (§ 89a StVO 1960) und Kostenvorschreibungen für die Beseitigung gröblicher Verunreinigungen der Straße (§ 92 StVO 1960). Darüber hinaus waren noch zahlreiche Berufungsverfahren betreffend die Abweisung von Anträgen auf Parkausnahmegenehmigung für ein zeitlich

uneingeschränktes Parken in den flächendeckenden Kurzparkzonen der von der Parkraumbewirtschaftung betroffenen Bezirke 1 bis 9 und 20 (so genanntes „Parkpickerl“) zu erledigen.

In legistischer Hinsicht waren 2002 wieder mehrere straßenpolizeiliche und kraftfahrrechtliche Vorschriften fachlich zu begutachten. Hervorzuheben sind insbesondere die Entwürfe für Novellen zum Kraftfahrzeuggesetz, zur Kraftfahrzeuggesetz-Durchführungsverordnung, zum Führerscheinggesetz, zur Führerscheinggesetz-Durchführungsverordnung, zur Führerscheinggesetz-Gesundheitsverordnung, zum Gefahrgutbeförderungsgesetz, zur Ferienreiserverordnung und zur Straßenverkehrsordnung sowie der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Errichtung einer Verkehrssicherheitsbehörde. Darüber hinaus hat die Abteilung den Entwurf einer Verordnung betreffend die Vergabe von Platzkarten für Fiakerunternehmen ausgearbeitet.

Zur Wahrung der Interessen des Landes Wien nahmen Abteilungsleiter, Stellvertreter und Referenten auch 2002 wieder an verschiedenen **Fachtagungen** und **Länderkonferenzen**, die jährlich abgehalten werden, teil.

Im Fahrschulbereich war es wie bisher eine wichtige Aufgabe des in der Abteilung eingerichteten **Fahrschulinspektorats**, die ordentliche und gesetzmäßige Ausbildung der Führerscheinwerber in den Fahrschulen zu überwachen. Zusätzlich stellten auch die in der Abteilung regelmäßig abgehaltenen Lehrbefähigungsprüfungen für Fahrlehrer und Fahrschullehrer ein wichtiges Regulativ für das Niveau der Ausbildung in den Fahrschulen dar.

Auch wurden die vorgeschriebenen Aufzeichnungen über den Ausbildungsgang der Fahrschüler im Hinblick auf die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlehreinheiten, die vorschriftsmäßige Ausbildung der Fahrschüler sowie die Einhaltung der Meldepflichten der Fahrschulinhaber (hinsichtlich der verwendeten Schulfahrzeuge und des eingesetzten Lehrpersonals) kontrolliert. Der Einhaltung der Mindestkursdauer für die Ausbildung der Führerscheinwerber (14-Tage-Kurse) und dem Aushang betreffend die vollständige und übersichtliche Darstellung der Preise für die von den Fahrschulen angebotenen Leistungen wurde besonderes Augenmerk gewidmet.

Im Fahrschulreferat wurden im Jahre 2002 insgesamt 952 Geschäftsfälle bearbeitet, nämlich Erteilung von Fahrschulbewilligungen, Genehmigung von Fahrschulleitern, Genehmigung von Schulfahrzeugen, Ausstellung der Fahr(schul)lehrerberechtigungen. Auf Grund von Anträgen auf Erteilung oder Erweiterung von Fahr(schul)lehrerberechtigungen wurden im Berichtsjahr laufend Lehrbefähigungsprüfungen abgenommen. 85 neue oder erweiterte Berechtigungen sind nach bestandener Prüfung erteilt worden.

In den Angelegenheiten der Fahrprüfung wurden von der Abteilung namens des Landeshauptmanns im Jahre 2002 auch drei Anträge auf Bestellung

# Stadtentwicklung und Verkehr

zum sachverständigen Fahrprüfer für die praktische Fahrprüfung gemäß § 34 FSG behandelt und zum Teil bereits entschieden bzw. in Evidenz genommen sowie 151 bereits bestellte Fahrprüfer zu den nunmehr zwingend vorgeschriebenen Fortbildungskursen bzw. Vorträgen geladen. 30 Fahrprüfer wurden wieder bestellt.

Im Zuge der Privatisierung der Zulassung wurden Versicherungen ermächtigt, vier weitere Zulassungsstellen einzurichten. Ebenso wurden im Jahre 2002 im Namen des Landeshauptmanns von der MA 65 insgesamt 19 Ärzte zum sachverständigen Arzt für Allgemeinmedizin gemäß § 34 Abs. 1 Führerscheingesetz bestellt. Drei sachverständige Ärzte wurden wieder bestellt.

Im Kraftfahrlinienreferat wurden im Berichtsjahr zum Zweck der bescheidmäßigen Festsetzung von Haltestellen zahlreiche Ortsverhandlungen durchgeführt (Überprüfung, Verlegung oder Neufestsetzung von Haltestellen). Die Zuständigkeit zur Haltestellenfestsetzung erstreckt sich auf sämtliche in Wien verkehrende öffentliche und private Kraftfahrlinien (Einlandlinien, Mehrlandlinien und internationale Kraftfahrlinien).

Als Konzessionsbehörde für öffentliche und private Einlandlinien waren Konzessionsänderungen, bzw. -verlängerungen zu behandeln sowie die Fahrpläne und -preise konzessionsbehördlich zu genehmigen. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie erfolgten zahlreiche Stellungnahmen (nach durchgeführtem Ermittlungsverfahren) bezüglich Straßeneignung und Bestehen der sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für Kraftfahrlinien, die in den Zuständigkeitsbereich des genannten Bundesministeriums als Konzessionsbehörde fallen (öffentliche und private Mehrlandlinien sowie internationale Kraftfahrlinien).

Im Zusammenhang mit sonstigen – insbesondere baulichen – Angelegenheiten, die den Kraftfahrlinienverkehr betrafen, wurde an von anderen Dienststellen angesetzten Ortsverhandlungen teilgenommen, bzw. wurden diesbezügliche Stellungnahmen und Auskünfte erstattet.

Statistisch ergibt sich für die Dienststelle im Berichtsjahr zusammenfassend folgendes Bild: Im Jahr 2002 langten insgesamt 4.034 Geschäftsstücke zur Bearbeitung ein, wovon 31 Gegenschritten an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (Verwaltungsgerichtshof und Verfassungsgerichtshof) auszuarbeiten waren. Demgegenüber sind 2002 insgesamt 3.089 Geschäftsstücke erledigt worden.

## Parkraumüberwachung (MA 67)

Zum Stichtag 31. Dezember 2002 waren in der MA 67 insgesamt 443 Mitarbeiter/innen beschäftigt, davon 197 in den Innendienstbereichen (Abteilungsleitung/Organisation und den Referaten zur Führung der Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz) und 246 in den Außendienstbereichen (davon 69 zur Bundespolizeidirektion Wien abgeordnete Mitarbeiter/innen der Parkraumüberwachung und 177 Mitarbeiter/innen der Kurzparkzonenüberwachung).

Die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte waren wie bereits in den Vorjahren die weitere Optimierung der Kurzparkzonenüberwachung und die EDV-technische und organisatorische Verbesserung der Verfahrensabläufe der Verwaltungsstrafverfahren.

Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit bestanden in der Vorbereitungsarbeit zur Einrichtung eines zweiten Stützpunktes für die Kurzparkzonenüberwachung und in der Teilnahme an den Vorarbeiten zu einem Pilotprojekt, mit dem im Jahr 2003 die Möglichkeit zur Bezahlung der Parkometerabgabe mittels Mobiltelefon getestet werden soll.